

Bezugspreis:
Stettin 1.50 RM. monatlich, 1.50 RM.
frei ins Haus, vorauszahlbar. Einzelne
Nummern 10 Pfennig. Postbezug:
Monatlich, vom Posthalter abgeholt
1.50 RM., vom Briefträger ins Haus ge-
bracht 1.64 RM. Unter Kreuzband für
Deutschland und Österreich-Ungarn
3.— RM., für das übrige Ausland
4.50 RM. monatlich. Ausland ins Feld
bei direkter Bestellung monatlich 1.50 RM.
Postbestellungen nehmen an: Z. An-
stalt, Hamburg, Leipzig, Schweden
und die Schweiz. Eintragungen in die
Postzeitungs-Verzeichnisse.
Erscheint täglich.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:
Die Nebengebühren (Polanzelle) betragen
60 Pf. „Kleine Anzeigen“, das
ist gedruckt Wort 30 Pf. (zählend
2 geteilte Wörter), jedes weitere
Wort 15 Pf. Stellenanzeigen und
Schlüsselanzeigen das erste Wort
20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf.
Worte über 15 Buchstaben zahlen für
zwei Worte. Feuerungsanzeigen 20 Pf.
Familien-Anzeigen, politische und
gesellschaftliche Vereine - Anzeigen
60 Pf. die Zeile. Anzeigen für die
nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin
E. 68, Lindenstraße 3, abgeben
werden. Geöffnet von 8 Uhr früh bis
7 Uhr abends.

Leitungskasse:
Sozialdemokrat Berlin.

Redaktion: E. W. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Mittwoch, den 10. Juli 1918.

Expedition: E. W. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Kühlmann gestürzt.

Admiral v. Hintze als Nachfolger in Aussicht genommen.

Berlin, 9. Juli. (W. Z. B.) Wie zuverlässig
berichtet, hat der Kaiser das Abschiedsgesuch des
Staatssekretärs Dr. von Kühlmann angenommen.
Als sein Nachfolger wird der bisherige Gesandte in
Kristiania von Hintze genannt. Eine endgültige Ent-
scheidung ist jedoch noch nicht getroffen.

Graf Hertling hat aber nicht erklärt, daß die Verabschiedung
Kühlmanns im gegenwärtigen Zeitpunkt und unter den ge-
gebenen Umständen ein Skandal und ein Schaden für das
Reich sei, daß er für die Folgen nicht die Verantwortung über-
nehme, sondern es vorziehe, seinen eigenen Abschied einzureichen.
Statt dessen läßt er durch seine „Germania“ verkünden, daß
sein Kurs — ach Gott, welcher Kurs! — unverändert bleibe.
Dieß Vaterland, magst ruhig sein!

Die „Tägliche Rundschau“ bedauert, daß durch
vorhergehende Dementis einer bevorstehenden Verabschiedung
Kühlmanns der Rückschlag unvermutet heftig ausgefallen sei
und die Reichstagsmehrheit ganz besonders gereizt werde. Sie
ist überrascht, daß dem Staatssekretär nicht einmal die Frist
bis zur Vertagung des Reichstages oder bis zur Beendigung
seines Prozesses gewährt worden ist. Die „National-
Zeitung“ nimmt an, daß der Kühlmann-Prozess jetzt durch
eine Ehrenerklärung aus der Welt geschafft werden wird und
orkafelt über angeblich ebenfalls englandfreundliche Neigungen
des Herrn v. Hintze:

Also Kühlmann ist wirklich weggeschickt worden, und es ist
im Augenblick gleichgültig, ob er das persönlich anders verdient
hat. Hätte ihn die Reichstagsmehrheit zu Fall ge-
bracht, als er sich auf die unheilvolle Bahn des Breiter Gewalt-
friedens drängen ließ, oder später, als er diesen Gewaltfrieden
zugunsten einer „Anlehnung“ Ostlands und Nordlands noch weiter
korrigieren ließ, oder noch später, am 25. Juni, als er die vor-
sichtig ausgedrückten Wahrheiten seiner Rede vom Vortag halb
und halb widerrief, so hätten wir hier seinen Ausgang ge-
segnet und seinen Nachfolger begrüßt.

Die persönliche Seite der Sache mag nur kurz gestreift
werden. Daß Hertling ohne Kühlmann nie Kanzler geworden
wäre, ist ziemlich allgemein bekannt. Herr v. Kühlmann hat
das Vertrauen, das er damals bei der Linken besaß, dazu benutzt,
um für Hertling zu wirken. Nun dürfen in der Politik persön-
liche Empfindungen über sachliche Erwägungen gewiß nicht den
Sieg davontragen, hier aber sprachen alle sachlichen Erwägungen
dafür, daß Kühlmann nicht, wenigstens nicht jetzt und nicht zur
Strafe für eine allzu wahrheitsliebende Rede entlassen werden
dürfte. Trotzdem zerbrach der Kanzler ruhig das Seil, das ihn
mit dem Kanzlermacher verband.

Mag sein, daß Herr v. Hintze um jene Zeit von alldeutscher
Seite sehr gerne als erster Beamter in der Wilhelmstraße ge-
sehen worden wäre, jetzt glauben wir aber zu wissen, daß keiner
in jenen Ansichten und Wünschen eine Veränderung eingetreten
ist, denn neuerdings gilt Herr v. Hintze der „Englandfreundschaft“
für verdächtig, und man glaubt von ihm — ob mit Recht oder
Unrecht bleibe ganz dahingestellt —, daß er ein Anhänger jener
Gedankenrichtung sei, die eine Ausöhnung zwischen Deutschland
und England für möglich und ersprießlich hält.

Herr v. Kühlmann ist aber nicht gefallen, weil er dem
Drängen der alldeutschen Radikaltypen auf Schritt und Tritt
nachgab, sondern weil er innerlich nicht einer von ihrer Horde
war und dies in einem unvorsichtigen Augenblick verriet. In
seiner Rede vom 24. Juni legte er gegen die beiden Dogmen
von der englischen Kriegsanstiftung und von der Möglichkeit,
den Krieg durch rein militärische Gewalt zu be-
enden. „Herr v. Kühlmann“, sagt die „Kreuzzeitung“,
„war innerpolitisch wohl mehr oder weniger Kaiser, aber die verschwom-
menen Auffassungen von Weltpolitik, wie sie die deutsche Demo-
kratie stets zum Ausdruck gebracht hat, entsprachen seiner per-
sönlichen Denkungsart. So zieht sich durch sein Handeln ein
internationales Empfinden. Eine starke Politik auf nationaler
Grundlage mußte ihm fernliegen, weil er seiner ganzen Cha-
rakteranlage nach es nie gelernt hatte, deutsch zu denken.“

Die Frage ist sofort allgemein erörtert worden, wie sich die
sozialdemokratische Fraktion nach diesem Ereignis zu den
Kriegskrediten verhalten werde. Genosse Ebert hat in
der gestrigen Reichstagsitzung die Verweisung der Kredite an
den Hauptauschuss beantragt und durchgeführt; dort und in der
Fraktion wird eine ausführliche Besprechung der neuen politi-
schen Lage erfolgen.

Ueber die parlamentarischen Wirkungen des Sturzes
Kühlmanns erfährt das Blatt:

Wichtig! Herr v. Kühlmanns Neigung ging nach einer
Politik der korrekten Bügelfalte, aber nicht nach jener Politik
der gestäubten Schnurrbartspitze, die in gewissen Kreisen als
die einzige „deutsche“ Politik gilt. Man lese den heutigen Be-
richt über die Debatte im Herrenhaus, und man wird zwischen
den Auffassungen des Herrn v. Kühlmann und den derzeit be-
liebteren den ganzen Unterschied erkennen, einen Unterschied,
den man, wie der Berliner sagt, „klavierviel kann“. Dort
ist die frische Farbe der Gemütsheilung noch nicht durch der Ge-
danken Blässe angekränkt, dort lobt man sich noch den fröh-
lichen Krieg und pfeift auf moralische Eroberungen. Man freut
sich zu sehen, wie sich der Vizepräsident des königlichen Staats-
ministeriums, Herr Dr. Friedberg, dort so ganz in seinem Ele-
ment fühlt — trotz Salin-Portinar eine bewundernswürdige An-
passungsfähigkeit bekundet. Zur selbigen Stunde aber spülte die
Blut einen toten Mann aus Land, eben Herr v. Kühlmann, der
nicht gelernt hat, „deutsch zu denken“, und doch fast ein Jahr
lang Leiter der deutschen Auslandspolitik gewesen ist.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat gestern
abend zu einer Sitzung zusammen, um über die neue politische
Lage, die durch die Entlassung des Staatssekretärs v. Kühl-
mann geschaffen ist, zu beraten. Beschlüsse wurden nicht ge-
faßt, da man zunächst eine weitere Klärung durch die bevor-
stehende Aussprache im Hauptauschuss, die vermutlich am
Freitag stattfindet, abwarten will.

Ueber die parlamentarischen Wirkungen des Sturzes
Kühlmanns erfährt das Blatt:
„Die Nachricht vom Rücktritt des Staatssekretärs v. Kühl-
mann traf die Mehrheit des Hauses, vor allem die Sozialdemo-
kratie, aber auch die Fortschrittler — ebenso wie den Vizekanzler
v. Haber — gänzlich unvorbereitet. Die Mitglieder
der Mehrheit des Reichstages glaubten im Gegenteil mit Sicher-
heit annehmen zu dürfen, daß das Demissionsgesuch v. Kühl-
manns abgelehnt werden würde. Erst gestern waren füh-
rende Mitglieder des Hauses von Herrn v. Haber
in diesem Sinne informiert worden. Während
heute vormittag in Reichstagskreisen die Möglichkeit einer Haber-
Krise als Folge des Rücktritts Herrn v. Kühlmanns als wahr-
scheinlich, zum mindesten als möglich hingestellt wurde, wurde
nach der Aussprache der fortschrittlichen Volkspartei, die anfäng-
lich sehr bewegt verlief, von fortschrittlicher Seite erklärt, daß die
Partei mit einem Rücktritt des Vizekanzlers nicht rechnen.“

Und was bedeutet das alles? Nichts, absolut nichts, ver-
sichert die Hertling-offizielle „Germania“, die gestern verkündete,
daß „Kühlmann bleibt!“ und heute ungerührt meldet, daß Kühl-
mann geht. Was liegt daran, daß Kühlmann geht, uns
bleibt ja noch Hertling und der „in Aussicht ge-
nommene“ Nachfolger Kühlmanns, Admiral v. Hintze, hat
sich verpflichtet, „mit vollstem Ernst und unbedingter Loyalität
die bisher von ihm befolgte Politik mitzumachen“. Somit wäre
alles in schönster Ordnung.

Die Presse zu Kühlmanns Abschied.

Die alldeutschen und die ihnen gesinnungsverwandten
Blätter begrüßen jubelnd den Sturz des verhassten Staats-
sekretärs, „des Vorkämpfers des Reichstages“, der nach ihrer
Behauptung nicht deutsch, sondern international und demo-
kratisch denke und dem sie eine verbredliche Neigung zu
England nachsagen. Die Freudenaußbrüche sind nur durch
die Rücksichtserwägung gedämpft, die Parteien der Reichs-
tagsmehrheit nicht allzu sehr vor den Kopf zu stoßen und zu-
gleich dem neuen Staatssekretär den Weg zu ebnen. Darum
wird versichert, daß das System Hertling bleiben
und höchstens einseitiger gestaltet werde und daß der neue
Staatssekretär v. Hintze keiner Partei angehöre und die aus-
wärtige und innere Politik, wie sie von Hertling vorgezeichnet
sei, machen werde. Typisch für diese Belächelungsmeier
ist die „Bosnische Zeitung“:

Die „Deutsche Tageszeitung“ zieht aus den bis-
herigen Leistungen des neuen Staatssekretärs einen günstigen
Schluß für seine neue Tätigkeit und attackiert mit verbissener
Bitterkeit die Sozialdemokratie, weil sie vor der Bewilligung der
Kriegskredite die Politik des neuen Mannes prüfen und ihn
nicht einfach als Gottesgeschenk akzeptieren will.

Man will man damit täuschen? Nach der Ueberzeugung
der ganzen Welt ist die Ausschiffung des „undeutschen“ Herrn
v. Kühlmann zu dem Zwecke erfolgt, eine Homogenität der Re-
gierung im Sinne der Alldeutschen herzustellen. Nicht daß diese
Herrschaften mit der Regierung, wie sie ist, schon zufrieden
wären, dazu ist ihr Appetit, der bekanntlich beim Essen kommt,
zu rege. Hertling aber ist gut und kann bleiben.
Zum mindesten ist man davon überzeugt, daß der alte Herr
weiter nicht schadet und daß mit ihm alles zu machen ist, was
man für ersprießlich hält. Der Fall Kühlmann kann dieses Ver-
trauen der Alldeutschen zum Grafen Hertling nur bekräftigen.

„Graf Hertling hat niemals zu denjenigen Politikern gehört,
die die Welt zum Vortheile Deutschlands unterjochen mochten.
Sowohl als Abgeordneter wie als bayerischer Ministerpräsident,
wie auch als Reichskanzler hat er sich im Gegenteil immer durch
eine sehr maßvolle Vornahme seiner Politik im ganzen und
in Einzelheiten ausgezeichnet. Das hat sogar dazu geführt, daß
solange Graf Hertling bayerischer Ministerpräsident war, er von
einigen politischen Heißspornen einer übertriebenen Einfühlung
in die Gedankenwelt der Gegner beschuldigt wurde. So unge-
rechtfertigt diese Vorwürfe sein dürften, so wenig gerecht wäre es
auf der anderen Seite, ihm nun etwa zuzutragen, daß er eine
Adventurerpolitik zu treiben beabsichtige, die in Widerspruch zu
den Grundsätzen steht, die in den letzten Wochen noch verschiedent-
lich diejenigen Parteien verkündet haben, die ihn als Kanzler be-
willkommneten und ihn noch bis in die letzten Tage hinein be-
sonders eng unterstützten.“

Der mutmaßliche Nachfolger Kühlmanns, Herr v. Hintze, ist
bürgerlicher Herkunft. Er ist 1868 in Schwedt a. O. als Sohn eines
Kaufmanns geboren und trat im April 1892 als Seelobent in die
kaiserliche Marine ein. Im Sommer 1903 erfolgte seine Er-
nennung zum Militär-Attaché für die skandinavischen Staaten mit
dem Sitz in Petersburg. Im Frühjahr 1908 wurde er zum Flügel-
adjutanten des Kaisers ernannt, zwei Jahre später erhielt er den
erblichen Adel. Im Sommer 1908 wurde er Militärbevollmächtigter
am kaiserlich russischen Hof. Im Frühjahr 1911 trat er unter Ver-
leihung des Charakters als Konteradmiral ins auswärtige Amt
ein. Im Mai 1911 wurde er als Gesandter nach Mexiko geschickt.
Nach Kriegsausbruch erhielt er den Auftrag, die deutsche Vertretung
in Peking zu übernehmen. Nach Abbruch der Beziehungen
mit China kehrte er über Amerika und Holland nach Deutschland
zurück. Im Juni 1917 ging Herr v. Hintze als Nachfolger von
Dr. Michaelis nach Kristiania.

Ein Reichskanzler, der gegenüber dem alldeutschen Geschrei
noch selbständiger Ueberzeugung fähig ist, mußte sich sagen, daß
die Entlassung Kühlmanns unter den gegenwärtigen Umständen
nach außen und innen geradezu verhängnisvoll wirken müsse. Wem
will man nach diesem Vorfalle noch sagen, daß Deutschland eine
Zivilregierung bestimme, die sich auf eine parlamentarische Mehr-
heit stützen könne, und daß diese Mehrheit wie die Regierung
selbst ihre Politik nach dem Reichstagsbeschluss vom 19. Juli
v. J. einrichte? Der Fall Kühlmann ist der weltbekannte
Triumph jener Elemente, die den Gedanken eines Verständig-
ungsfriedens mit allen Mitteln — selbst durch die Aufzählung
unklarer Wettgeheimnisse — bekämpften, der Sieg Max Lohans
von der „Deutschen Zeitung“ und jener Elemente, die sich dieses
wackeren deutschen Mannes als ihres Werkzeuges bedienen.

Gegen diese für naive Gemüter berechnete Darstellung
macht das „Berliner Tageblatt“ energisch Front:

Der Moskauer Putschversuch
mißglückt.

London, 8. Juli. (Kenter.) Eine russische drahtlose
Meldung besagt, daß die gegenrevolutionäre Erhebung der
Sozialrevolutionäre der Linken in Moskau unterdrückt
ist. Mehrere hundert Verhaftungen wurden vorgenommen.

Man wird natürlich, amtlich und halbamtlich, offiziell und
offiziös, versichern, der Rücktritt des Herrn v. Kühlmann sei po-
litisch gänzlich bedeutungslos. Die Politik der Regierung bleibe
genau ja, wie sie gestern gewesen sei. Es kann schon sein, daß
Graf Hertling das sagt und daß Herr v. Haber es ganz aufrichtig
meint. Trotz allen Beteuerungen wird und muß der Eindruck,
im Inlande und im Auslande, ein völlig anderer sein. Herr
v. Kühlmann ist durch die alldeutsch-militaristisch-baterlands-
parteilichen Geister gestürzt. Kein Regen von schönen Verhei-
sungen wäscht das fort. Es ist der Triumph der Tirpitz-Ligue,
der Radikaltypen und all dessen, was damit zusammenhängt. Wir
wollen diesen Triumph nicht schmälern, indem wir so tun, als
existiere er nicht. Die Hinterbliebenen auf den Regierungsbänken
lassen sagen, ihre Politik erleide keine Veränderung? Ja, du
üder Himmel, welche Politik? Der Staatssekretär, der allen-
falls eine hatte, ist, weil er eine hatte, abgegan. Was bleibt?

Ueber die Ermordung des deutschen Gesandten Grafen
Mirbach sind in Wien Meldungen eingetroffen, die das schon
von anderer Seite Mitgeteilte bestätigen. Nach der Flucht
der Mörder in das Gebäude, in welchem der in Moskau
tagende Kongress der Linken Sozialrevolutionäre untergebracht
ist, entspannen sich im Laufe der Nacht vom 6. auf den
7. Juli lebhafteste Straßenkämpfe, bei denen, wie nun geradezu
behaftet wird, erwiesenermaßen englische Agitatoren tätig
waren. Die Sowjettruppen haben aber, dank ihrem sofortigen
scharfen Zusatzen, die Ordnung rasch wieder hergestellt. Die
Führer der Sozialrevolutionäre wurden aus dem Kongress
heraus verhaftet. Ob die Mörder auch schon gefaßt sind, ist
nicht bekannt. Gegen Abend des 7. war in Moskau ziemlich
Ruhe eingetreten. Artilleriefeuer war nicht zu hören, nur
noch planloses zeitweiliges Gewehrfeuer.

Petersburger Meldungen, die über Helsingfors in Stoc-
holm eintrafen und von der „Stockholmer Zeitung“ wieder-

gegeben wurden, bringen den Nord mit dem Abmarsch der Tschechen nach Ostböhmen in Verbindung, die sagen, am 5. Juli habe in Petersburg allgemein die Auffassung geherrscht, daß weniger die Bolschewiki, die noch nicht alle Sympathien für ihre tschechischen Kampfgenossen gegen die Konstituante bezeugen hätten, als der energische Einspruch des Grafen Wirbich den Abtransport der Tschechen über Wladimirof an die Westfront verhindert hätte. Diese Vermutung, daß Graf Wirbich den Austritt dieser Hilfstruppe für den Verband verhindert habe, mache den Verdacht, daß dieser hinter dem Nord stehe, noch wahrscheinlicher.

Diese Petersburger Meldungen wollen etwas von den Plänen der Sozialrevolutionäre wissen. Der Masse, mit deren Beifall sie im Augenblick rechnen könnten, ist bunt genug. Zu der antibolschewistischen Front gehören die rein republikanischen Transsibirier und Usurkatorien, die Drenburger Kosaken unter Duton, die innerpolitisch unbestimmten Hausen Koltshals und die überzeugten Monarchisten Semenow. Das Ziel der sozialrevolutionären Führer ist die Konstituante. Sie solle zunächst versuchen, sich friedlich mit Deutschland über die Durchsicht des Dresdener Friedens zu einigen. Erst wenn von Deutschland eine bestimmte Weigerung erfolge, würde man sich wieder an die früheren Verbündeten wenden.

Kiew, 8. Juli. Der Leiter der Operationsabteilung des Volkskommissariats für das Militärwesen, Baralow, erläßt folgende Bekanntmachung:

Die Linien Sozialrevolutionäre, welche sich betrügerischerweise auf einige Stunden eines kleinen Teiles der Stadt Kiew und des Telegraphenamts bemächtigt haben, sehten provokatorische Gerüchte in Umlauf, nach welchen die Stadtgewalt angeblich mit Hilfe der Kiewer Garnison, die sich ihnen angeschlossen haben sollte, gestürzt sei. Ich gebe hiermit bekannt, daß der durch ein Häuflein wahnsinniger Frevler entfachte Aufruhr bereits ohne große Schwierigkeiten durch die Kiewer Garnison, welche der Sache der Arbeiter- und Bauernregierung treu blieb, unterdrückt ist. Die Aufrechter sind verhaftet. In der Stadt ist die Ordnung wiederhergestellt.

Die Kämpfe der Gegenrevolution.

Kiew, 7. Juli. Die Presse meldet: In Petersburg ist die Zensur eingeführt worden.

In Dagestan bei Ardami wird zwischen den Kisten und Armeniern einerseits und Tataren andererseits heftig gekämpft. Die Kisten truppen gehen siegreich vor.

Ein Kosakenangriff westlich Ural ist abgewiesen. Die tschechische Abteilung bei Schabinsk wurde zum Rückzug auf die Stadt gezwungen. Die Besetzung von Statuf, Nijas und Verbausch durch die Tschechen bestätigt.

In Simbirsk erfolgten Massenverhaftungen von Gegenrevolutionären, hauptsächlich Offizieren und Studenten.

Die französische Vertretung in Wolgda soll tschechisch mitgeteilt haben, daß die auf dem Jaroslauer Bahnhof in Kiew als Gegenrevolutionäre verhafteten Tschechen und Polen für die französische Armee bestimmt gewesen seien.

Kiew, 7. Juli. Die Presse meldet: Bei Sybran wurden die Tschechen-Sowjaken 50 Kilometer zurückgeworfen, ebenso auf der Front Penza-Sybran auf 20 Kilometer.

Die allrussische Versammlung der Sowjets

ist am 5. Juli eröffnet worden. Anwesend waren über 800 Abgeordnete, davon 450 Bolschewiki, 300 Linke Sozialrevolutionäre. Trotz hat die Sitzung mit einer Rede über die Notwendigkeit einer großen und starken Roten Armee eröffnet und betont, daß man im Zeichen der allgemeinen Wehrpflicht stehe.

Moskau, 8. Juli. Die Presse veröffentlicht einen Aufruf der Regierung, der wie folgt beginnt:

„Westen hat die allrussische Versammlung der Sowjets mit erheblicher Stimmenmehrheit die äußere und die innere Politik des Sowjets der Volkskommissare gebilligt. Die sogenannten Linken Sozialrevolutionäre, welche in den letzten Wochen geschlossen in das Lager der Rechten Sozialrevolutionäre übergegangen waren, hatten beschlossen, die allrussische Versammlung aufzulösen. Sie versuchten, die Nationalrepublik entgegen dem Willen der überwiegenden Mehrheit der Arbeiter und Bauern, in einen Krieg hineinzutreiben.“

In Verfolg dieses Zieles wurde gestern 3 Uhr nachmittags der deutsche Gesandte von einem Mitglied der Partei der Linken Sozialrevolutionäre ermordet. Gleichzeitig versuchten die Linken Sozialrevolutionäre, den geplanten Aufstand zur Ausführung zu bringen.“

Nach Darstellung der Umsturzbewegung schließt der Aufruf:

„Es unterliegt keinem Zweifel, daß im Laufe der nächsten Stunden der Aufstand der Linken Sozialrevolutionäre, der Agenten der russischen Bourgeoisie und des englisch-französischen Imperialismus, unterdrückt sein wird. Welche weiteren Folgen dieses sinnlose und schmachvolle Abenteuer der Linken Sozialrevolutionäre für die internationale Lage der Nationalrepublik haben wird, kann augenblicklich unmöglich vorausgesagt werden. Aber wenn unser erstbeobachtet und verbutes Land von neuem in einen Krieg gestürzt wird, so fällt die Schuld daran einzig und allein auf die Partei der Linken Sozialrevolutionäre, Unstörer und Verräter. Wägen in diesem kritischen Augenblick alle Arbeiter und Bauern der Sachlage voll und ganz Rechnung tragen und sich wie ein Mann um die allrussische Versammlung der Räte der Arbeiter- und Bauernabgeordneten Scharen.“

Amsterdam, 9. Juli. „Times“ erzählt aus Tokio: Oberst Wladimir Gurbein vom tschechischen Nationalrat ist nach Amerika abgereist. Ueber die

Ereignisse in Wladimirof

teilte er noch mit, daß das militärische Zentrum der Bolschewiki in einem von deutschen und österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen besetzten und besetzten Hause sei. Am 29. Juni griffen die Tschechen dieses Haus mit Handgranaten an. Dabei wurden 29 Tschechen getötet.

Die Rechten Sozialrevolutionäre im Kaukasus.

Das Berliner P. L. A.-Bureau teilt mit: Die Rechten Sozialrevolutionäre im Kaukasus stehen in Opposition zu den herrschenden Bolschewiki. In Baku haben die Rechten Sozialrevolutionäre sogar auf Seiten der Sowjettruppen gegen die Konterrevolution gekämpft. Sie unterstützen dort die Sowjettruppen. In der Frage der Selbständigkeit Transkaukasiens und insbesondere in der Frage der Selbständigkeit Georgiens haben sich die Rechten Sozialrevolutionäre für eine Vereinigung mit Rußland ausgesprochen und gegen die ephemäre Unabhängigkeit Stellung genommen. Vermutlich ist das der Grund, warum die Bolschewiki die Forderung der Rechten Sozialrevolutionäre in Tiflis „Snamja Truda“ verboten haben.

In der Sitzung des Sowjets von Baku erklärte am 7. Juli der Führer der Bolschewiki in Baku, Koflo: „Im Namen unserer Fraktion erkläre ich: Wir werden den Sowjet von Baku in seinem Kampfe gegen die Konterrevolution unterstützen. Wir werden alle seine Maßnahmen unterstützen, welche darauf gerichtet sind, alles gegen die Konterrevolutionäre Bewegung zu kämpfen.“

Feindliche Teilangriffe südlich des Sa-Bassée-Kanals, westlich von Rauthenil und am Billers Cotterets-Wald — Kämpfe in Albanien.

Berlin, 9. Juli 1918, abends. Amtlich.

Südwestlich Royon wurden französische Teilangriffe abgewiesen. Vertikale erfolgreiche Kämpfe westlich Chateau-Thierry.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 9. Juli 1918. (W. T. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Südlich des Sa-Bassée-Kanals wurden mehrfach wiederholte Teilangriffe, aus dem Nordufer der Somme stärke Vorstöße des Feindes abgewiesen. Der Artilleriekampf blieb in diesen Abschnitten lebhaft und nahm am Abend beiderseits der Somme zeitweilig wieder große Stärke an.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Westlich von Rauthenil (südwestlich von Royon) haben sich heute früh nach heftigem Feuer örtliche Angriffe des Feindes entwickelt. Am Walde von Billers Cotterets scheiterten Teilangriffe der Franzosen in unserem Kampfgebiete.

Western wurden 18 feindliche Flugzeuge abgeschossen. Leutnant Bittig errang seinen 23. und 24., Leutnant Friedrichs seinen 21. Luftsieg.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

Der österreichische Bericht.

Wien, 9. Juli 1918. Amtlich wird verlautbart:

An der italienischen Front keine besonderen Ereignisse. In Albanien dauert der Druck der über die Subota vorrückenden feindlichen Kräfte nachhaltig an. Südwestlich von Berat kam es zu Gefechten. Im Zusammenhang mit diesen Kampfhandlungen erzielten die Franzosen am oberen Devoli Raumgewinn.

Der Chef des Generalstabes.

Die russisch-ukrainischen Verhandlungen.

Bei den russisch-ukrainischen Verhandlungen in Kiew stellte Rakowski folgende Bedingungen auf. Die Gouvernements Aural und Veronesch wählen zu Rußland, ebenso die vier östlichen Kreise des Gouvernements Charkow. Die drei östlichen Kreise des Gouvernements Jekaterinoslaw, das ganze Gouvernment Laurien, außer dem Kreise Dnjeprowsk, und das gesamte Donsche Gebiet. In allen, von der Regierung Skoropadski bestrittenen Gebieten schlug Rakowski ein Referendum der Bevölkerung vor. Rakowski wies darauf hin, daß er das Donsche Kohlenbecken in Anspruch nehmen müsse, denn dies sei für Rußland eine Existenzfrage.

Die Kabinettsfrage in Holland.

Das neue holländische Kabinett ist noch nicht gebildet worden. Aber aus dem Gleich von Rechts und Links, das die Wahlen erbrachten, ist jetzt doch ein Ungleich geworden. Denn zwei der Gewählten, ein Christlichsozialer und ein Christen-Demokrat, haben Erklärungen abgegeben, aus denen zu entnehmen ist, daß sie sich zur Rechten rechnen, so daß eine konservative Mehrheit von 52 Stimmen in der Kammer gesichert ist.

Aus den Erwägungen zur Kabinettsbildung sei erwähnt, daß „Het Volk“ den Gedanken eines Zusammengehens der Katholiken mit den Sozialdemokraten als der zweitgrößten Partei erörtert. Das Blatt weist darauf hin, daß eine Reihe von Programmpunkten der Katholiken — darunter Achtstundentag, Abrüstung, Friedensbemühungen im Sinne der päpstlichen Note — die Zustimmung der Sozialdemokraten hätten. Das Blatt gelangt aber zu dem Ergebnis, daß es zu solchem Zusammengehen nicht kommen werde.

Die Katholikenpartei, die mit 30 Sitzen die stärkste ist, ist über die Besetzung des Ministeriums nicht einig. Sie hat zwar ihre Kabinettsanwärter, aber ihr Führer, Dr. Nolens möchte die Aufgabe lieber der Partei der Antirevolutionären zuschieben, wovon aber wieder deren Führer, der ehemalige Ministerpräsident Dr. Ruys, wenig erbaut ist. Er möchte seiner Partei, wie er in einem Artikel ausführt, die Befahr erheben, einen politisch guten Namen zu verlieren, und meint schließlich, das Beste wäre, der bisherige Ministerpräsident Cort van der Linden bliebe im Amte.

Diese Unentschlossenheit und Abneigung muß natürlich der Rechten die Aussichten nur noch mehr verbessern.

Um Spaniens Neutralität.

Die spanische Regierung veröffentlicht ein Gesetz, welches ihr, wie gemeldet wird, die unumgänglichen Nachbeseignisse zur Gewährleistung der spanischen Neutralität überträgt.

Die Aufregung wegen des Spionagegesetzes dauert an. Reuter meldet aus Madrid: Die Reformisten, Republikaner und Sozialisten veröffentlichen einen Protest gegen das Spionagegesetz. Sie weigern sich, wegen des „unkonstitutionellen“ Vorgehens der Regierung in das Parlament zurückzukehren.

Das von der Kammer angenommene Gesetz soll nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ im Entwurf von Dato abgefaßt sein und in seinen Grundzügen dem in der Schweiz bei Kriegs-ausbruch geltenden Gesetz entsprechen. Der ehemalige Minister Burrell erhob in der Kammer besonders scharfen Widerspruch gegen das Gesetz, so daß Ministerpräsident Maura die Vertrauensfrage stellte.

Die „Journal“ aus Madrid erzählt, daß das Spionageabwehr-gesetz fest, daß wer auf spanischem Gebiet einer ausländischen Macht Nachrichten bezüglich der Neutralität Spaniens oder solche eine andere ausländische Macht betreffend mitteilt bzw. deren Mitteilung erleichtert, mit Gefängnis und Buße von 500 bis 20 000 Pesetas bestraft wird. Es ist der spanischen Regierung gestattet, die Veröffentlichung, Verbreitung und Hebermittlung aller Nachrichten, die gegen die Neutralität Spaniens oder gegen seine Sicherheit verstoßen, zu unterdrücken. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis und Buße von 500 bis 100 000 Pesetas geahndet. Wer anlässlich ausländischer Ereignisse in Spanien Nachrichten verbreitet, die Unruhe, Verwirrung oder Erregung hervorrufen können, unterliegt gleichfalls obigen Strafen. Wer durch mündliche, geschrie-

bens oder gedruckte Publikation irgendwelcher Art, durch Photographien oder sonstige bildmäßige Wiedergabe ausländischer Staatsoberhäupter, Völker, Regierungen, Armeen oder diplomatische Vertreter beleidigt, und der Lächerlichkeit oder Verachtung preisgegeben sucht, wird mit Gefängnis und Geldbuße von 500 bis 20 000 Pesetas bestraft. Dais erklärte, man sollte sich wegen des Gesetzes nicht aufregen. Es richte sich nicht gegen die vernünftige Presse, sondern nur gegen diejenigen, die sich zu Beschimpfungen hinreißen ließen und dadurch eine neutralitäts-widrige Kampagne betrieben. Das Gesetz bezwecke, jede fremde Beeinflussung in der inneren Politik Spaniens zu beseitigen.

Der Ministerrat beschloß als erste Maßregel unter dem Spionagegesetz, die Veröffentlichung aller Nachrichten über die Bewegungen von Handelsschiffen zu verbieten.

Branting in Paris.

Gegenüber Korrespondenten schwedischer Zeitungen beklagte sich Branting bitter darüber, daß gewisse schwedische Zeitungen die Äußerungen, die er in London getan hätte, so überaus unfreundlich besprochen hätten. Er habe sich überaus korrekt ausgedrückt und vieles gar nicht gesagt, was die französische Presse ihm zuschreibe. Zum Beispiel habe er stets betont, daß er als reiner Privatmann auf Einladung seiner persönlichen Freunde komme.

Gleichzeitig veröffentlicht das Pariser „Journal“ eine neue Unterredung mit Branting, in der er seine lebhafteste Genugtuung darüber ausdrückt, daß die amerikanischen Truppen in so großer Zahl an der Westfront eintröfen, um das durch den Abfall Rußlands gestörte Gleichgewicht wiederherzustellen. Diese Tatsache werde das deutsche Volk davon überzeugen, daß es klüger wäre, bald mit dem Kriege aufzuhören, der sonst mit einer vollkommenen Vernichtung der Menschheit enden müßte. Dann würden die Anschauungen Wilsons triumphieren, und die Gesellschaft der Nationen werde ins Leben treten. Diese Freude über die amerikanischen Truppen hält Branting offenbar für neutral.

Am 4. Juli wurden Branting und Kerenki von der sozialistischen Kammerfraktion empfangen. Kerenki produzierte ein Dokument, das angeblich großen Eindruck machte; es ist eine Erklärung der Parteien aus der konstituierenden Versammlung, die besagt, daß sie den Frieden mit Deutschland nicht anerkenne, weil er von einer Regierung geschlossen wurde, die niemals gesekmächtig war; sie betrachteten sich weiter als im Kriege mit Deutschland befindlich, lehnen aber jede bewaffnete auswärtige Einmischung zum Sturze der Bolschewiki-Regierung unbedingt ab. Die Zusammenkunft wurde am Nachmittag wiederholt. Branting und Kerenki hielten ausführliche Reden, über die aber kein Bericht ausgegeben werden soll.

Die Mehrheits-Sozialisten versammelten sich Montag vormittag im Palais Bourbon, um Branting zu begrüßen. Darüber wird dratlich gemeldet: Es entspann sich eine lange Aussprache über die internationale Lage, besonders über die Haltung der deutschen Sozialisten während des Krieges. Weiteres wird zurzeit über den Inhalt dieser Aussprache nicht mitgeteilt.

Die Nöte des norwegischen Reederkapitals.

Kopenhagen, 9. Juli. Es besteht noch keine Aussicht auf Abschluß der Verhandlungen zwischen Amerika und Norwegen über die Frage der norwegischen Schiffneubauten, die auf amerikanischen Werften fertiggestellt werden. Von solchen Schiffen, die für norwegische Rechnung auf amerikanischen Werften bestellt sind, befinden sich bereits 180 000 Tonnen für Amerika in Fahrt und die Reeder erhalten nicht einmal Zinsen für die 150 Millionen Kronen, die sie amerikanischen Werften bezahlt haben. Die Lage ist nun so unhaltbar geworden, daß der Ausschuh des norwegischen Reederverbandes zur Erörterung der Schwierigkeiten zusammenberufen wurde.

Die norwegischen Reeder ernten, was sie gesät haben. Sie haben ungeheure Kriegsgewinne gemacht, haben sich aus Profitpolitik den amerikanischen Wünschen gefügt, und nun nehmen die Amerikaner, da sie den kleinen Finger leicht erhielten, wie üblich auch die ganze Hand.

Reichsriegerbank. Wie uns mitgeteilt wird, sind dem unter der Führung der Kriegervereine stehenden Reichsriegerbank nicht 300 Millionen Mark bewilligt worden. Eine Unterstützung aus Reichsmitteln sei nicht gewährt worden.

Im Sperrgebiet um England wurden von deutschen U-Booten 17 000 Br.-M.-T.

feindlichen Handelsschiffsräume vernichtet. Den Hauptanteil an diesen Erfolgen hat das von Kapitänleutnant v. Rabenou (Meinhardt) befehligte Boot, das an der Ostküste Englands 6 Dampfer, zum größten Teil aus stark gesicherten Geleitschiffen heraus, versenkte.

Das englische Unterhaus nahm die zweite Lesung des Gesetzes an, durch den die Lebensdauer des gegenwärtigen Parlaments bis zum 30. Januar 1919 verlängert wird.

Indiens Selbstbestimmungsrecht. Nach einer Habasmeldung aus London steht der Bericht über die Schaffung einer unabhängigen und selbständigen indischen Regierung sowie die Erziehung einer zweiten Kammer bevor, die Staatsrat genannt werden soll.

Das Kapital vor Recht der kleinen Nationen. Bern, 4. Juli. „Matin“ meldet aus Washington: Roming hat bei der mexikanischen Regierung gegen den Erlass auf Bekreuerung der Oelgruben vom 19. Juli ab Einspruch erhoben.

Die Höllemaschine für „Beneditto Brin“. In Rom begann vor dem Militärgerichtshof die Verhandlung gegen den Kavallerie-soldaten Giorgio Corpi und die Matrosen Achille Roschini, Euglielmo Martolini und Mario Agoni, die des Einverständnisses mit dem Feinde und des Verrats beschuldigt sind. Sie sollen am 27. September 1915 das Panzerschiff „Beneditto Brin“ in die Luft sprengt haben, indem sie eine Höllemaschine aufstellten.

Die Japaner in der Südbet. Die Agence Habas meldet aus Tokio: Die japanische Regierung hat auf den Inseln im Süden des Stillen Ozeans, die von den Japanern besetzt sind, eine Zivilverwaltung eingerichtet.

Letzte Nachrichten.

Französischer Heeresbericht vom 9. Juli nachmittags.

Zwischen Mondidier und der Dife führten die Franzosen heute morgen 3 Uhr 30 eine örtliche Kampfhandlung aus. Westlich Antheuil drangen französische Truppen von Angriffstanks unterstützt, auf einer Front von vier Kilometern in die deutschen Linien und nahmen die Farm Berto und die Farm Des Boges und gewannen auf verschiedenen Punkten ungefähr 1800 Meter Boden. Ein deutscher Gegenangriff gegen die Farm Des Boges wurde von den Franzosen zurückgeworfen, die den eroberten Boden hielten. Die Zahl der unermordeten Gefangenen, soweit sie bis jetzt gezählt sind, erreicht 450, darunter 14 Offiziere.

Das Herrenhaus über Krieg und Kriegsnot.

31. Sitzung, Dienstag, den 9. Juli, nachmittags 1 Uhr.

Am Ministerisch: Dr. Friedberg, Bergt, v. Eisenhardt, v. Waldow.

Das Haus ist ziemlich gut besucht. Präsident Graf v. Arnim-Boitzenburg gedenkt bei Eröffnung der Sitzung des verstorbenen Sultans Mehmed V. und des ermordeten Grafen Mirbach, der dem Herrenhause angehört hat. Das Andenken des verstorbenen Mitgliedes Grafen Wittlich wird in üblicher Weise gelehrt.

Die politische Aussprache.

Die allgemeine Besprechung wird in folgende Gruppen geteilt: Große Politik und Ernährungsfragen, innere Politik und soziale Fragen, Handel und Verkehr.

Generalberichterstatter ist Graf Seidlitz-Sandrecki.

Graf v. Behr-Behrenhoff: Wir danken unseren Heeren, ihrem obersten Kriegsherrn und ihren ruhmreichen Führern. Unser Dank soll aber nicht nur in Worten bestehen, sondern auch in Taten, indem wir eintraten für einen Frieden, der der gebrachten Opfer wert ist. Nicht für die Befreiung Polens oder irgendwelcher Fremdvölker hat Deutschland sein Blut hingegossen, sondern für die Sicherstellung unserer Zukunft auf erweiterter Basis. (Beifall.) Kriegsziele aufzustellen ist nicht Sache irgendeines Parlamentes, die Tat ist wichtiger als alle Reden. Nicht auf dem Wege der Reichstagsresolution vom 19. Juli 1917 werden wir jemals den Frieden, wie wir ihn brauchen bekommen (Beifall). Sie hat nur geschadet, den Mut der Feinde gestärkt und gewaltige Opfer gekostet. (Zustimmung.) Ebenso ist es mit der unglücklichen demokratischen Phrase vom Selbstbestimmungsrecht der Völker. Ein guter Frieden kommt allein durch unser gutes deutsches Schwert. Unser deutsches Schwert allein hat uns den Frieden im Osten gebracht, aber auch im Westen werden wir nur mit Hilfe unseres Schwertes einen guten Frieden erlangen. Mein Vertrauen auf den erfolgreichen Ausgang des Krieges beruht darauf, daß der Kaiser, der allein das Recht hat, Frieden zu schließen, auf der Bahn, die Hindenburg und Ludendorff ihm schafften, (Beifall) einen Frieden schließen wird, der unserer Zukunft dient.

So groß auch die Versuchung ist, zu untersuchen, ob in dieser Zeit, wo man das Leben unseres Volkes gekämpft wird, nichts Besseres zu tun ist, als sich mit der Wahlrechtsfrage zu beschäftigen, die nur Zwietracht in unser Volk hineingebracht hat (lebhafteste Zustimmung), so werden wir das doch erst bei anderer Gelegenheit tun. Ein weiteres Fortschreiten auf dem bereits beschrittenen Wege der Parlamentarisierung wäre höchst bedenklich. Bei der Vererbung des jetzigen Reichstages hat die Linksmehrheit des Reichstages weitgehenden Einfluß auf die Besetzung der obersten Stellen genommen, die allein ein Recht des Kaisers ist. Wenn auch Preußen noch nicht parlamentarisiert wird, so kann es doch nur in einem Staat, der auf dem Wege dazu ist, vorkommen, daß ein Minister in leitender Stelle zugleich Führer einer politischen Partei ist. (Sehr richtig!) Ein Staatsmann muß auf höherer Warte stehen als ein Parteiführer und um Konflikte zu vermeiden, müßte er diese Stelle niederlegen. (Zustimmung.)

Sehr fraglich erscheint mir, ob wir mit unserem Zwangsvertriebsystem auf dem rechten Wege sind. Man hätte weniger auf die Versorgung der Konsumenten als auf die Förderung der Produktion setzen sollen. (Sehr richtig!) Der Schleichhandel ist ein dunkler Fleck auf unserem reinen Schilde. — Auch allemal bin ich überzeugt, daß uns ein glorreicher Friede besichert sein wird, der Deutschland eine große Zukunft unter Führung des Kaisers sichert. Großes ist unserm Volk noch bestimmt. (Lebhafter Beifall und Handklatschen.)

Oberbürgermeister Wilms-Posen erörtert die Ernährungsverhältnisse. Die Eingriffe in die Produktion gehen zu weit. (Sehr richtig! rechtis.) Bei Eiern, Gemüse und Obst sollte man von der hier noch undurchführbaren Zwangsverwirtschaftung absehen. Dann würden die Großstädte besser versorgt sein. Immerhin hat unser jetziges Wirtschaftssystem das für sich, daß es uns vier Jahre hat durchhalten helfen.

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg:

Dem Dank des ersten Vorgesetzten an Kaiser, Heer und Volk schließe ich mich namens der Staatsregierung an. Graf Behr hat aber im Laufe seiner Ausführungen darauf hingewiesen, daß von verantwortlicher Stelle aus Worte gesprochen worden sind, die wohl geeignet seien, die Siegesgewißheit in Deutschland herabzumindern. Ich glaube, daß die Mißverständnisse infolge einer

Rede des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes

beseitigt seien durch die Erklärungen, die seinerzeit der Herr Ministerpräsident und der Staatssekretär selbst abgegeben hatten. Sollte das aber nicht der Fall sein, so will ich doch meinerseits wiederholen, daß innerhalb der Reichs- und Staatsregierung gar keine Rede davon sein kann, daß die Siegesgewißheit irgendwie erschüttert ist. (Bravo!) Wir sind im Gegenteil mit diesem hohen Hause und mit der Mehrheit des deutschen Volkes überzeugt, daß der Sieg uns gar nicht mehr zu entreißen ist. (Bravo!) Wir sind die Sieger im Osten, wir werden auch die Sieger im Westen sein. Ebenso sind wir auch überzeugt, daß nur unser deutsches Schwert in der Lage ist, uns diesen Sieg zu erringen, und wir teilen die Verantwortung, daß dieser Sieg nicht mehr in weiter Ferne zu suchen ist. (Lebhafter Beifall.)

Der erste Vorgesetzte ist dann auf die innere Lage Preußens eingegangen und hat bemängelt, daß die staatsrechtliche Stellung Preußens etwas ins Wanken gekommen sei. (Sehr richtig!) Ich glaube nicht, daß er damit vollkommen recht hat. Der Krieg hat dazu geführt, daß außerordentlich wichtige und bringende Aufgaben jetzt mehr in der Hand des Reiches als der Einzelstaaten sind. Diese Entwicklung spiegelt sich auch wider in der Frage der Erhaltung der Finanzhoheit der Einzelstaaten. Im Gegensatz zu früher hat jetzt das Reich viel höhere Ausgaben als die Bundesstaaten, 12 Milliarden gegenüber von noch nicht 2 Milliarden. Daher muß auch die Steuerhoheit des Reiches sich weiter ausdehnen. Wenn das auf Kosten der Bundesstaaten geschieht, müssen wir uns natürlich mit aller Gewalt dagegen sträuben, aber wir werden es nicht hindern können, daß diese oder jene Steuerquelle, die die Bundesstaaten bisher gehabt haben, auch vom Reich in gewissem Maße in Anspruch genommen werde.

Der erste Vorgesetzte hat dann die Befürchtung ausgesprochen, daß wir im Reich wie in Preußen den

Weg der Parlamentarisierung

gehen könnten. Ich halte diese Befürchtung nicht für zutreffend. Der Herr Ministerpräsident hat seinerzeit im Abgeordnetenhaus gesagt, daß er von seiner Majestät berufen sei, nachdem im Reich eine schwere Krise vorausgegangen war, und nachdem er sich damals die Unterstützung der maßgebenden Parteien im Reich gesichert hatte. Nur in Uebereinstimmung aller im Betracht kommenden Faktoren läßt sich in dieser schweren Zeit das Staatschiff mit Erfolg steuern. Das hat ihn dazu geführt, seiner Majestät gewisse Vorschläge zu unterbreiten, die aus eigener freier Entschliebung dann von seiner Majestät gutgeheißen worden sind. Wollen Sie das Pa-

lamentarisierung nennen? Graf Behr hat dann auch auf meine Person explizit und hat da auch einen kleinen Irrtum beanstanden. Ich persönlich habe mich in Wort und Schrift leid gegen den englischen und romanischen Parlamentarismus ausgesprochen, habe aber hervorgehoben, daß allerdings in Deutschland das Bedürfnis vorliegt, Parlament und Regierung in etwas engerer Fühlung miteinander zu bringen, dadurch, daß man nachministerien bis zu einem gewissen Grade mit Parlamentariern besetzt. Als ich dies Programm aufstellte, hatte ich noch nicht die mindeste Ahnung, daß ich jemals berufen sein würde, an der Durchführung dieses Programms in eigener Person mitzuwirken. Ich glaube aber gerade aus dem Umstand, daß ich mich habe entschließen können und nach Lage der Sache entschließen müssen — denn Sie können mir wirklich glauben, daß ich lieber aus der Regierung herausgeblieben wäre — können Sie folgern, daß von einem Parlamentarismus im Sinne des Grafen Behr in Preußen nicht die Rede sein kann. Wenn wir uns gegenseitig mit Vertrauen entgegenkommen, dann wird diese Einigkeit und Geschlossenheit erreicht werden zum Segen unseres Vaterlandes. (Beifall.)

Fürst Salm-Horstmar: Ich spreche nur für mich persönlich. Wir erleben jetzt einen Ansturm der demokratischen Auffassung gegen die aristokratische. Sie findet ihre stärkste Stütze in der internationalen jüdischen Kasse.

Ein Werkzeug zur Verwirklichung ihrer Ziele sind die internationalen Freimaurerorden. Trocki und Lenin sind auch Juden und gehören der Loge „Art et travail“ in Paris an.

Herzog v. Trautenberg: Ich bin weder Jude, noch Freimaurer und fühle mich also persönlich nicht getroffen. Aber Juden und Freimaurer sind Angehörige des deutschen Volkes und dienen bei der Arme im Felde oder tun in der Heimat ihre Schulpflicht. Ich kann nur mein tiefes Bedauern darüber aussprechen, daß man hier das Trennende hervorgehoben hat. (Zustimmung.) Die Worte des Vorgesetzten haben die Einigkeit im Innern geschädigt. Wir sollten uns an die Kaiserworte halten: „Ich kenne keine Parteien.“ (Lebhafter Beifall.)

Staatssekretär a. D. Derenburg: Diesen Worten kann ich mich nur anschließen. Die Ausführungen des Fürsten Salm-Horstmar müssen einen großen Vostell verbittern. Auch wir wünschen keinen Frieden, der nicht für Deutschlands Entwicklung vollständige Freiheit gibt. Aber man darf die Front nicht eine Stunde länger als notwendig kämpfen lassen. Ohne die Mitarbeit der Diplomatie ist der Friede nicht in die Scheuer zu bringen. Auf dem Schlachtfelde ist noch nie ein Friede geschlossen worden. Wenn Preußen eine führende Stellung behalten will, muß es dauernd moralische Eroberungen machen. Ich bin mir einigermassen im Zweifel, ob ihm das gelungen ist. (Widerspruch.) Wenn das Wahlrecht zur Unzeit gekommen ist, dann ist es eben schon zu spät gekommen. Preußen muß dafür sorgen, daß es nicht unter die Räder kommt. Wer hat die Rechte der Krone eingeschränkt? Das ist durch die Sicherungen geschehen, die von der Krone eingefügt sind, und die den König genau so binden wollen wie das Parlament. Wir brauchen völlige Einigkeit nach außen und nach innen. (Beifall.)

Graf von v. Wartenburg: Dem Frieden muß der Sieg vorher gehen, dann erst kann die Verständigung kommen. Wir tun gut, auf moralische Eroberungen zu verzichten. Der Reichstag hat seine Befugnisse oft überschritten. Der Hauptauschuß hat z. B. weiter getagt, während der Reichstag schon in die Ferien gegangen war. Als der Abg. Lohbour gegen die Hohenzollern sprach, hätte er von den weiteren Sitzungen ausgeschlossen werden müssen. Die Reichsbehörden greifen in die preussischen Staatsministerien ein. Die Staatssekretäre am preussischen Staatsministerium ist unerwünscht. Wir brauchen eine ausgiebige Kriegsentwässerung.

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg: Wenn der Hauptauschuß weiter getagt hat, so mit Zustimmung der Regierung. Diejenige Haus wird auch eine Vorlage zugehen, wonach Ausschüsse beauftragt werden, während der Vorlegung weiter zu arbeiten.

Oberbürgermeister Nischlaff-Bromberg fordert Besserstellung der Staatsbeamten.

Kammerherr v. Oldenburg-Ransau: Schnelle Hilfe muß unserem schwerleidenden Beamtenstand werden. Dr. Friedberg hat vorhin besprochen, daß der Reichstag in die preussischen Verhältnisse mehr hineingeredet habe als seine Aufgabe ist. Der beste Beweis, daß das geschieht, ist doch der Ausspruch des Vizelandes v. Bader im Reichstage, daß er mit dem preussischen Wahlrecht stehe und falle. Was geht denn Herrn v. Bader das preussische Wahlrecht an? (Heiterkeit und Gestuhl!) Wenn der Ministerpräsident hier wäre, würde ich ihn bitten, dafür Sorge zu tragen, daß derartige Äußerungen seitens der Reichsregierung nicht fallen, denn die Regierung ist dazu da, die Verfassung aufrecht zu erhalten; diejenigen Herren im Reich, die das zu tun haben, mögen bedenken, daß ihre Gehälter auch aus den Taschen der preussischen Steuerzahler fließen. Erzellenz-Dernburg hat uns Preußen auf den Weg moralischer Eroberungen verwiesen. Wer die preussische Geschichte kennt, der weiß, daß Preußen nicht auf dem Wege moralischer Eroberungen die Großmacht geworden ist; nicht auf der Welt hat die Mark Brandenburg bedroht, Mittelpunkt eines Staates zu sein, der von der Rhein reicht bis über den Rhein. Das ist die Größe der großen Hohenzollernfürsten, die sich und ihr Volk erziehen haben zum Kampfe für den Staat, zum Sterben für den Staat. Ich glaube, Erzellenz-Dernburg ist der letzte, der moralische Eroberungen empfehlen kann. Solche moralische Eroberungen führen zu Kosten für den amerikanischen Wirtschaftler Gerard. Diesen Weg können wir nicht mit betreten. (Beifall.)

Fürst Salm-Horstmar erklärt, daß er den Staatsbürgern jüdischen Glaubens nicht den Vorwurf habe machen wollen, daß sie ihre Pflicht nicht getan hätten.

Dr. Derenburg: Ich habe Herrn Gerard niemals als geeignetes Objekt für moralische Eroberungen angesehen. Ich habe allerdings an einem Feste der erwähnten Art teilgenommen, aber auch der Vizelandes und der Staatssekretär des Auswärtigen.

Oberbürgermeister Trendmann-Nüßlihausen i. Th. nimmt die Freimaurer in Schutz.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. Es folgt die Einzelbesprechung der verschiedenen Haushaltspläne. Zunächst steht die

Landwirtschaftliche Verwaltung

zur Erörterung.

Graf Ransau fordert Maßnahmen zum Wiederaufbau der Pferdezahl.

Fürst Anspausen bringt Wünsche und Beschwerden der ostpreussischen Landwirtschaft vor.

Staatssekretär v. Waldow:

Ein Juliussturm voll Getreide zu Beginn des Krieges wäre uns gewiß sehr zu Gute gekommen. Aber wer hat eine so lange Dauer des Krieges vorausgesehen? Die Zwangswirtschaft hat jedenfalls das Gute gehabt, die Lebensmittel für das Heer aufzubringen und ein Existenzminimum für die große Masse der

Minderbemittelten, das sind 85 Proz. des Volkes, zu sichern. Man sagt, dies System würde produktionshemmend. Aber der Mangel an Pferden, künstlichem Dünger usw. liegt nicht am System, sondern an den Kriegsnöten. — Eine Kontrolle zur Erfassung der Bestände ist notwendig. Die dabei vorgekommenen Mißgriffe beibehalten; für Abstellung wird gesorgt werden. — Bei Gemüse ist die Nachfrage überall so groß wie der Vorrat. Immerhin ist es gelungen, z. B. solche Mengen Kohlrabi auf den Markt zu bringen, daß sie nicht einmal ganz aufgenommen werden. Wenn einmal ein Abbau erfolgen kann, so werden jedenfalls Eier und Gemüse zuerst betankommen. Bei Brot, Fleisch und Kartoffeln kann daran erst gedacht werden, wenn unsere Vorräte erheblich höher sein werden als der Bedarf.

Oberbürgermeister Koch-Kassel: Wenn man in Oesterreich und Ungarn rechtzeitig eine genügende öffentliche Bewirtschaftung eingeführt hätte, wäre es nicht zu dieser Not gekommen. Nichtrationierte Lebensmittel, wie Hirschkorn und Weizen, haben eine ungeheuerliche Preissteigerung erfahren. Das Gemüse wird übrigens gar nicht öffentlich bewirtschaftet; geschähe das, wäre es besser.

v. Derberg-Kolun: Die großen Städte beziehen ein Viertel ihres Bedarfs durch den Schleichhandel, und sie würden ohne ihn wohl verhungern. Die immer schärferen Strafandrohungen erhöhen das Risiko des Schleichhandels und erhöhen die Preise. Wir haben in der Kriegsernährung jetzt an 100 000 Menschen beschäftigt, und das ist bei 30 Eier im Jahre liefern, ist doch wahrlich keine Selbstenttötung. Von Herrn v. Waldow hätte ich erwartet, daß er an den Abbau herangeht, aber in Berlin verändert sich der Mensch so schnell. (Heiterkeit.) Erst die angekauften Kartoffeln dürfen an Pferde verfüttert werden; welcher Landwirt wird so dumm sein, die Kartoffeln erst fäulen zu lassen; es ist seine vaterländische Pflicht, seine Pferde zu ernähren. An Stelle des Herrn v. Waldow würde ich das Zwangssystem nur für Brot beibehalten. (Beifall.)

Graf Stolberg: Ich habe ich!

in Oesterreich

gesehen, daß der reiche Mann alles hat, der arme nichts. Alle sagen dort, daß keine Kontrolle stattfindet. Es ist ein Kammer, wie dort die armen Leute hungern. Da ist es bei uns doch erheblich besser, wenn ich auch damit nicht alles billigen will. Wie sollte man ohne öffentliche Bewirtschaftung das Heer ernähren? In der Kritik sollte man vorichtigter sein, man sollte sich immer erst bei den maßgebenden Stellen erkundigen, wie die Dinge liegen, der Landwirt kann das nicht immer übersehen, das habe ich selbst mehrmals im Kriegsernährungsamt erfahren müssen.

Oberbürgermeister Koch-Kassel: In Budapest, im reichen Ungarn, stellen sich die armen Leute um die 30 Gramm Petition die ganze Nacht an, und dann bekommen sie sie noch nicht. Der Magistrat will die Leute mit Gewalt auseinanderreiben lassen.

Stadtdirektor Tramm-Hannover: Mit allen Reden wird man das System nicht ändern. Wollte man den Schleichhandel vollständig unterbinden, so würden wir zu den schwersten sozialen Mißständen kommen. Ohne den Schleichhandel ist eine wirkliche Versorgung der Bevölkerung nicht durchführbar.

Oberbürgermeister Dr. Jörres-Duisburg: Der Hauptauschuß des Deutschen Städtebundes hat sich im Gegensatz zu dem Vorgesetzten für unbedingte Beibehaltung des Systems der öffentlichen Bewirtschaftung ausgesprochen.

Oberbürgermeister Wermuth-Berlin: Die Einführung der öffentlichen Bewirtschaftung 1914/15 war nach den chaotischen Zuständen, die im Anfang des Krieges herrschten, eine rettende Tat. Die Inangriffnahme des Systems sind vielfach dadurch entstanden, daß die Staatsgewalt zu zögernd vorging und auf halbem Wege stehen blieb. Will man dem Uebel wirksam entgegen treten, dann bleibt nichts anderes übrig, als schärferes Erfassen der Vorräte an der Produktionsstätte. Auch Gemüse und Obst haben sich im Kriege zu unentbehrlichen Bestandteilen des Mindestmaßes der Ernährung herausgebildet, für deren Beschaffung der Staat verantwortlich ist. Ich warne dringend vor jedem Versuch, das jetzige System zu ändern.

Kammerherr v. Oldenburg-Ransau: Warum die Kartoffelversorgung so schlecht ist, begreife ich nicht. Als hier der Handel noch freie Hand hatte, herrschte Ueberfluß an Kartoffeln. Jetzt sind ja die Zustände in den Großstädten wirklich herzerstreuend. Kriegsgesellschaften scheinen jetzt weniger gegründet zu werden, weil sie notwendig sind, sondern weil die Gründer dabei gut verdienen. Die Bekämpfung des Schleichhandels ist moralisch notwendig, aber man soll in der Moralität nicht zu weit gehen und nicht aus dem Schleichhandel verbieten, der uns Lebensmittel aus dem Auslande bringt.

Staatskommissar für Volksernährung v. Waldow: Die Kartoffelversorgung hat noch nie so gefloppt wie in diesem Jahre. Ohne Zentralbewirtschaftung könnte Rheinland-Westfalen unmöglich ausreichend mit Kartoffeln versorgt werden.

Damit schließt die Aussprache. Der Landwirtschaftssekretär wird bewilligt.

Mittwoch 1 Uhr: Fortsetzung der Staatsberatung.

Schluß 7 Uhr.

Raub des Vereinsrechts zugunsten der Kriegervereine.

Der Herr Bürgermeister „verspricht sich nichts“.

In Rheinbach bei Euskirchen wollten die Kriegsbeschädigten sich als Ortsgruppe des Reichsbundes zusammenschließen, erhielten aber auf die Versammlungsammlung folgenden Bescheid:

Rheinbach, 22. Juni 1918.

Von einer zwanglosen Besprechung der Kriegsbeschädigten hierseits am 20. Juni zum Zwecke einer Vereinsgründung verspreche ich mir nichts. Die hier zur Zeit in Frage kommende Zahl ist gering. Es besteht hier und in fast allen Landgemeinden ein Kriegerverein, der die heimkehrenden Krieger mit offenen Armen empfangen und sich deren Interessen mit Eifer annehmen wird, falls das nicht schon, wie zu erwarten steht, von den beteiligten Behörden geschehen wird.

Der Bürgermeister.

Der Herr Bürgermeister verspricht sich nichts, darum dürfen die Kriegsbeschädigten sich nicht organisieren. Wahrscheinlich, eine rückende väterliche Besorgnis! Wenn es bei Vereinsgründungen danach ginge, was die Behörden sich versprechen, so gäbe es sicher keine Gewerkschaften oder Konsumgenossenschaften. — Zweifellos ist diese kuriose Antwort eine Folge des vom „Vorwärts“ ans Licht gezogenen Erlasses des Ministers Drews. Im Abgeordnetenhaus hat Herr Drews gemeint, seine Verfügung damit entschuldigen zu können, daß die Behörden doch müßten Auskunft geben können, wenn Kriegsbeschädigte sie wegen der verschiedenen Vereine um Rat fragten. Und scheint es, als ob die Behörden viel öfter recht ungefragt den Kriegsbeschädigten ihren Rat aufzubringen suchen.

Groß-Berlin

„Gibt die Kohlen ab!“

Man schreibt uns: Diese sorgfältige Mahnung des Groß-Berliner Kohlenverbandes hat unter der Einwohnerschaft keineswegs ungeteilte Freude gewekt; auch im „Vorwärts“ sind schon verschiedene Arten von „Bezugsberechtigten“ zum Wort gekommen, denen die Mahnung zum Abholen der Kohlen auf die Kerben geht, weil die Beschränkung für sie noch einen besonderen Haken hat. Es sei gestattet, im Hinblick auf diese Mahnung die Aufmerksamkeit auf die Leute zu lenken, die mehr oder weniger unfreiwillig zum ersten Oktober ihre Wohnung wechseln. Bei entsprechender Einteilung hätte man mit dem vorhandenen Kohlenvorrat bis zum Umzug gerichtet. Aber da liegt dem geplagten Familienvater der Kohlenverband in den Ohren mit seinem ewigen „Gibt die Kohlen ab!“ Es ist 6 Zentner Kohlenvorrat, neuerdings weitere 10 bis 20 Zentner und dazu die erhebliche Aussicht, daß noch vor dem Herbst der ganze Bedarf freigegeben wird. Das wäre alles schön und gut, wenn nicht hinter der Mahnung zum Abholen der Kohlen die Drohung lauern würde: Was nicht bald abgeholt wird, verfällt!

Es muß ohne weiteres zugegeben werden, daß es ein ganz unvernünftiger Zustand wäre, wollte man die voraussichtlich ohnehin nicht geringen Schwierigkeiten des Umzuges noch dadurch steigern, daß man die Mieter zwingt, ihren Wintervorrat an Kohlen als Ballast mitzuschleppen, statt ihnen zu gestatten, sich nach dem Umzug einzudecken. An den Kohlenverband darf wohl die Bitte gerichtet werden, neben seiner Aufforderung zum Abholen der freigegebenen Kohlen auch eine Bekanntmachung zu veröffentlichen, nach welcher zum mindesten für die umziehenden Familien keine Kohlenkarte vor dem 1. Oktober verfällt. Sehr ernstlich zu erwägen wäre auch, ob nicht den umziehenden Familien ein Wechsel in der Kohlenbezugsstelle gestattet werden kann. Die Ablehnung eines solchen Verlangens bedeutet für den Betroffenen unter Umständen den Ausschluß vom Kohlenbezug.

Notwohnungen in Gemeindeforschulhäusern?

Was soll die Stadt Berlin zur Milderung der Wohnungsnot tun, die uns bedroht? Weil unsere Stadtverwaltung im Wohnungswesen trotz aller Mahnungen der sozialdemokratischen Stadtverordneten noch nie etwas getan hat, ist sie jetzt doppelt rat- und hilflos. Selbst wenn sie heute zum Bau eigener Wohnhäuser auf eigenem Grund und Boden schreiten wollte, wäre ihr das in der Kriegszeit durch den Mangel an Baustoffen und Arbeitskräften erschwert. In Beratungen, die schon zwischen Vertretern von Gemeindeforschulhäusern stattgefunden haben, ist von Berlin unter anderem vorgeschlagen worden, Notwohnungen in Schulhäusern einzurichten. Gedacht wird in erster Linie an Gemeindeforschulhäuser mit Schulhöfen, die als Gemeindeforschulhäuser dienen könnten, und mit Brausebädern, die für die Gesundheitspflege wichtig wären. 110 Gemeindeforschulhäuser Berlins mit 8000 Klassenzimmern, 900 Nebenzimmern, 94 Kulan und 65 Turnhallen würden nach einem von der Baudeputation entworfenen Plan zur Verfügung gestellt und in Wohnungen für obdachlos gewordene Familien und Einzelpersonen umgewandelt werden können. In die übrigen Schulhäuser soll dann die Gesamtheit der Gemeindeforschulhäuser sich teilen, so daß jedes Schulhaus gemeinschaftlich von zwei oder gar drei Schulen an den Vor- und Nachmittagen von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends benutzt werden könnte, was auch im Winter 1916/17 wegen der Kohlennot schon nötig war. Nach Kriegsausbruch wurden in Berlin viele Gemeindeforschulhäuser zur Benutzung als Kasernen hinzugeben, sehr zum Schaden der Schule, wie die Schuldeputation selber bald erkannte. Inzwischen ist es ihr wohl — nehmen wir an — gelungen, alle Schulhäuser wieder frei zu bekommen und ihrer Bestimmung zurückzugeben. Von der jetzt geplanten Umwandlung so vieler Schulhäuser in Notwohnungen droht der Schule eine neue schwere Schädigung, die in Lehrkreisen die härtesten Bedenken und den lebhaftesten Widerspruch hervorruft. Die Benutzung der Schulhäuser vom Morgen bis zum Abend ist eine Gefahr für die Gesundheit, die Verlegung des Unterrichts auf den späten Nachmittag beeinträchtigt den Unterrichtsverfolg und greift übrige auch in das Familienleben ein, zumal wenn vielleicht aus derselben Familie ein paar Kinder am Vormittag und ein paar andere am Nachmittag zur Schule gehen müssen.

Die Bedenken, die gegen die Einrichtungen von Notwohnungen in Schulhäusern sprechen, sind in der letzten Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung von dem Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion bereits in der schärfsten Weise zum Ausdruck gebracht worden. Seitens des Magistrats wurde erwidert, daß dieses Projekt nur als äußerster Notbehelf in Frage kommen könne. Wir sind aber der Meinung, daß man es prinzipiell verwerfen und unter keinen Umständen darauf zurückkommen dürfe.

„Am Gotteswillen — sechs Kinder!“

Wieder schildert uns eine kinderreiche Ehefrau, was sie erlebte, als sie auf die Wohnungssuche ging. Am ihrer Kinder willen muß sie die Wohnung ausgeben, in der sie wiederholt Auseinandersetzungen mit dem Hausverwalter hatte, weil wieder die Kinder nicht auf dem Hof dulden wollten. Eines Tages schrieb sie dem Verwalter, sie würde wohl ziehen, wenn das nicht anders würde. Darauf kam von dem Hauseigentümer die Antwort, er sei mit der „Räumung“ einverstanden und habe bereits anderweitig über die Wohnung verfügt. Als dann die Frau sich auf die Wohnungssuche begab, sah sie erst, wie schwer jetzt eine mit Kindern „gesegnete“ Familie eine neue Wohnung findet. Sie hielt es für das Beste, von vornherein die Hauseigentümer oder deren Verwalter darüber aufzuklären, welche Kinderchancen sie mitbringen würde. Sobald einer bereit schien, ihr eine Wohnung zu vermieten, gab sie sich als „glückliche“ Mutter von sechs Kindern zu erkennen und fragte, ob man sie mit ihnen hineinnehmen wolle. Aber da kam sie böse an. „Nein, nein“, wehrte eine Verwalterin ab. „Dann hat es keinen Zweck, dann kann ich Ihnen die Wohnung nicht vermitteln.“ In einem anderen Hause erklärte die Fortierin sehr bestimmt: „Der Herr hat mir streng verboten, Familien mit Kindern zu nehmen.“ Wieder in einem anderen Hause rief die Verwalterin: „Am Gotteswillen — sechs Kinder! Da darf ich Ihnen die Wohnung nicht vermitteln.“ „Ich hätte ja“, sagte sie widerhin, „selbst sieben, wenn sie noch lebten. Aber ich bin doch ebenso Angehöriger wie Sie.“ So oder ähnlich erging es der für sich und ihre sechs Kinder eine Unterkunft suchenden Mutter noch in mehreren Häusern. Erfahrungen dieser Art könnten denen, die nach Wehrung des Nachwuchses rufen, zu denken geben. Wer soll Lust haben, noch Kinder in die Welt zu setzen, wenn er mit Kindern so schwer eine Wohnung findet! Eine der wichtigsten und notwendigsten Maßregeln der Bevölkerungspolitik wäre die Beschaffung von Wohnungen für kinderreiche Familien. Will man noch länger untätig mit ansehen, wie in Zeiten der Wohnungsnot viele dieser Familien von Haus zu Haus gehen müssen und förmlich um Aufnahme zu betteln gezwungen sind? Es rächt sich jetzt, daß Staat und Gemeinden die Wohnungsherstellung bisher nicht als ihre eigene Aufgabe betrachtet, sondern der privaten Erwerbstätigkeit überlassen haben.

Ein künstlerisches Plänchen.

Der mit dem Monopol der Verteilung der Rasterhefte beauftragte „Priseur“ und Verkaufsmacher „Annungsbund“ hat an den Bundesrat das Ersuchen gerichtet, ihn zu ermächtigen, nur an die vor dem 1. August 1914 bereits selbständig gewordenen Preisverpflichteten Rasterhefte abzugeben — aus Gründen der „Rationierung“.

Der Preisverpflichtete verlangt also nichts mehr und nichts weniger, als daß die älteren Preisverpflichteten, die aus dem Heeresdienste als Kriegesbeschädigte entlassen sind, verhindert werden, sich

selbständig zu machen. Der Annungsbund hofft auf diesem Wege mit einem Schlage seine alten Projekte zur „Rationierung“ und „Verpflichtung“ zu verwirklichen. Die billigen Arbeitskräfte der Lehrlinge und jungen Gesellen möchte man auch fernerküpfeln nicht lassen, jedoch verhindern, daß wenn sie „zu alt“, zu angriffsbefähigt geworden sind, sie sich selbständig machen können. Das einfachste Mittel zu diesem Zweck wäre freilich, daß der Bund kein Monopol der Abgabe von Rasterheften an die Preisverpflichteten behauptet, die etwa selbständig werden wollenden Gesellen auf's Trockene zu legen. Dabei ist fassbar bekannt, daß es sehr an Preisverpflichteten fehlt.

Dem schlaun Plan des Annungsbundesvorstandes, die ganze Konkurrenz, die seit dem Kriege entstanden ist, und durch die Entlassungen von Gesellen aus dem Heeresdienste noch etwa entstehen wird, mit einem Federstrich lahmzulegen, wird der Bundesrat hoffentlich seine Zustimmung verweigern.

Teuerungszuschläge im Buchdruckgewerbe.

In einer am Montag abgehaltenen Versammlung der tariftreuen Druckereien des Kreises VIII (Berlin und Borussia) berichtete der Prinzipal-Kreisvertreter Stadtrat Heenemann (Wilmersdorf) über die Verhandlungen des Tarifausschusses der deutschen Buchdrucker. Es wurde beschlossen, die vom Tarifausschuß vorgeschlagenen Teuerungszuschläge, die sich bis zu 15 Proz. der Woche für die Gesellen stellen, zu bewilligen. Ferner wurde auf Grund dieser Zulagen eine weitere Verteuerung der Druckarbeiten beschlossen, die tarifmäßig zum Gesetz erhoben werden soll. Danach werden vom 1. August d. J. ab zu den bisherigen Teuerungszuschlägen, die sich bis zu 120 Proz. erstrecken, weitere 25 Proz. und vom 1. Dezember d. J. ab erneut 15 Proz., mithin vom 1. Dezember 1918 ab zusammen 40 Proz. neue Teuerungszuschläge festgelegt.

Berliner Lebensmittel.

In der Zeit vom 11. bis 17. wird an diejenigen Kunden, die in die Speisekartenlisten der in den Bezirken der 117.—119., 152., 160.—170., 173., 183., 190., 205., 207., 209., 211., 230. und 241. Brotkommission gelegenen Geschäfte (Verkaufsstellen, Pflaizen) eingetragen sind, pro Kopf 125 Gramm Käse verteilt in denjenigen Geschäften, die durch ein Auswahlschild: „Verkauf von Käse der Fettstufe Groß-Berlin“ gekennzeichnet sind.

Auf Abschnitt 48 der Karte kommt vom 11. bis 25. ein Ei abgegeben und entnommen werden.

Der Kleinhandelsverkaufspreis für sämtliche Sorten der als Ersatz für Kartoffeln zur Verteilung kommenden Hälftenfrüchte ist auf 10 Pf. je 100 Gramm festgelegt.

Ganz ohne Kartoffeln!

Sollte in Berlin die Kartoffelknappheit so arg sein, daß trotz weitestgehender Beschränkung der Nation auch die uns noch gewährte Mäßigkeit geringe Menge nicht allen Verbrauchern geliefert werden kann? Aus dem Statistik-Büro erfahren wir, daß ein dortiger Kartoffelhändler in der vorigen Woche eine beträchtliche Anzahl Kunden abgewiesen hat mit der Begründung, er habe nicht genug Kartoffeln erhalten. Ein Leser unseres Blattes fragt uns, daß seine Familie schließlich überhaupt keine Kartoffeln zu kaufen bekam, obwohl die ganze Woche hindurch täglich bei dem Händler nachgefragt worden war. Er macht sich darauf gefaßt, daß die laufende Woche, in der seine Frau wieder bisher noch keine Kartoffeln erhalten hat, mit denselben Misserfolgen enden wird. So recht will er's nicht glauben, daß er den vollständigen Verlust der ohnedies kurzen Kartoffelration aus der übergroßen Kartoffelknappheit zu danken haben soll. Möglicherweise ist auch, daß wieder mal bei der vielgepriesenen „Verteilungsorganisation“ irgend etwas nicht stimmt.

Die Kartoffelversorgung im Wirtschaftsjahr 1918/19.

Der Bundesrat hat dem Entwurf einer Verordnung über die Kartoffelversorgung zugestimmt. Die neue Verordnung läßt die bisherige Verordnung mit einigen belanglosen Änderungen in Geltung. Die neue Verordnung tritt mit dem 1. August in Kraft. Im Laufe des August, sobald sich die Ernteergebnisse annähernd übersehen lassen, wird, wie im Vorjahre, durch die im Rahmen der neuen Verordnung zu erlassenden Ausführungsbestimmungen die nähere Ausgestaltung der Bewirtschaftung erfolgen, welche insbesondere den Umfang und die Sicherstellung der Ernte, die Abgrenzung des Bedarfs der Selbstverbraucher, die Festsetzung der Nation der versorgungsberechtigten Bevölkerung sowie die näheren Verpflichtungen der Kommunalbehörden und Vermittlungsstellen zu regeln haben wird. Der Verkehr mit Saatkartoffeln wird, wie im Vorjahre, durch eine besondere Verordnung des Bundesrats geregelt werden.

Ein vielsagendes Gutachten.

In bemerkenswerter Weise sprach sich der praktische Arzt Dr. D. über die Gesundheitsverhältnisse der großstädtischen Bevölkerung in einem dem Berliner Kaufmannsgericht eingehendsten Gutachten aus. Die in der Verlagsanstalt von Wegner tätig gewesene Buchhalterin Hedwig G. erkrankte an Lungenatarrh und mußte deshalb dem Dienst fernbleiben. Das junge Mädchen hatte geäußert, daß es schon früher einmal etwas an der Lunge gehabt habe und darum leicht empfänglich sei. Auf diese Versicherung stützt der Beklagte D. seine Behauptung, der Gehilfin Gehalt zu zahlen, indem er einwendet, daß die Klägerin schon krank als Gehilfin gekommen wäre und ihm arglosig die Krankheit verschwiegen hätte. Dieser Auffassung tritt aber der Kassensatz Dr. D., der die Gehilfin behandelte, scharf entgegen. Der objektive Befund hätte einen alten Lungenatarrh ergeben, eine plötzlich aufgetretene unerschuldete Krankheit, die allerdings durch die schon an und für sich geschwächte Lunge beschleunigt wurde. Veranlassung sei die heutige Lebensweise. Bei 75 Prozent der großstädtischen Bevölkerung sei nach seiner reichen Erfahrung in der Krankenlassenpraxis die Entwicklung des Lungenatarrhs herbeizuführen geeignet sei. Bei normaler Lebensweise könne auch vollkommene Heilung und Erwerbsfähigkeit eintreten. — Auf Grund dieses Gutachtens kam das Kaufmannsgericht zur antragsgemäßen Verurteilung der beklagten Firma, indem es den Einspruch, daß die Buchhalterin ein chronisches Leiden bei Eintritt verschwiegen habe, durch das Gutachten als widerlegt ansah.

Die Ausrottung der Havelhäwne nimmt ihren unaufhaltsamen Fortgang. Während im vorigen Jahre die Brut eine Vermehrung um etwa drei Tausend ergeben hatte, die sich allerdings auf die lange Strecke von Dramenburg bis zur Havelmündung verteilten, wurden in diesem Frühjahr noch nicht zwanzig junge Schwäne gezählt. Brutstätten waren wohl mehrere vorhanden, doch eine nach der anderen verschwand. Entweder war das Nest zerstört oder es waren die Eier geraubt worden. Auf der ganzen Oberhavel ist nur eine Brut ausgefallen, und zwar in der Nähe der Pulverfabrik, wo sich das Nest also gewissermaßen unter häßlicher Aufsicht befand, und nur diesem Umstande ist es zuzuschreiben, daß diese Brutstätte nicht auch vernichtet worden ist. In dieser Stelle schwimmt ein Schwannepaar mit sieben Jungen. Eine ebenso zahlreiche Schwannenfamilie ist bei Baunsee zu beobachten; auch dort wurde das Nest während der Brutzeit von Menschen besonders betreten.

„Gegen die guten Sitten.“ Anklagen gegen weibliche Personen wegen unerlaubten Verkehrs mit Kriegesgefangenen kommen auf Grund der bekannten Verfügung des Oberkommandos in den Marken in neuerer Zeit wieder häufiger vor den Gerichten zur Verhandlung. Dabei können auch äußerlich harmlos erscheinende Annäherungen unter dieser Verordnung fallen. Es arbeiten ja viele Tausende von Kriegesgefangenen in inneren Betrieben, insbesondere in der Landwirtschaft, wo sie Wohnung und Beschäftigung erhalten, wobei ein gewisser Verkehr zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern

unvermeidlich ist. Eigenartig aber war ein Vorgang, der sich in einem Dorfe des Kreises Ostbavland zugetragen hat und dieser Tage das Spandauer Schöffengericht beschäftigte. Ein junges Mädchen aus Spandau war im Frühjahr zur Pflege der erkrankten Großeltern in ein Dorf des Kreises Ostbavland gekommen. Dort arbeitete in einer Tischlerwerkstatt ein Kriegsgefangener Russe, der, als die Großeltern des Mädchens hintereinander starben, sich bei der Beerdigung gefällig erwies. Bei der Verteilung der Erbschaft schenkte das junge Mädchen dem Russen zwei Bilder. Das eine war ein Gruppenbild von mehreren Mitgliedern der Familie, das andere ihr eigenes Bild in Reklamiformat. Diese dem Ausländer erwiesene Aufmerksamkeit gelangte zur Kenntnis der Ortsbehörde, welche in der Handlungsweise des jungen Mädchens einen Verstoß gegen jene Verordnung erblickte und Anzeige erstattete. Vor dem Schöffengericht stellte die Angeklagte jede schlechte Absicht entschieden in Abrede; sie habe damit nur den letzten Wunsch des Großvaters erfüllt, der ihr aufgetragen habe, dem Russen ein Bild zu schenken, weil er sich bei der Beerdigung der Großmutter so hilfreich erwiesen habe. Der Berichtschöf sah in der Lieberreichung des Gruppenbildes keine unerlaubte Handlung, bedenklicher aber sei die Lieberreichung des eigenen Bildes an den Fremden. Dies läßt wie ein Versuch aus, eine Annäherung anzubahnen oder könne vielleicht als die Ausherrschung eines bereits bestehenden Verhältnisses betrachtet werden. Hiergegen aber wende sich gerade die Verordnung wegen unerlaubten Verkehrs mit Kriegesgefangenen. Das junge Mädchen wurde zu 50 M. Geldstrafe verurteilt.

Bereitete Konzert. Der Reichsbund der Kriegesbeschädigten und ehemaliger Kriegsteilnehmer, Bezirk Süd-Ost, bittet uns, folgende Mitteilung zu veröffentlichen: „Infolge löblicher Abkommandierung des Musikleiters Herrn Friedrich vom Erz.-Heid.-Art.-Regt. „Natterbock“ waren wir leider nicht in der Lage, unser Konzert am letzten Sonntag in der geplanten Weise zur Ausführung zu bringen. Wir bedauern diese für uns sehr unangenehme Situation, bitten unsere verehrten Freunde aber trotzdem, uns ihr Wohlwollen auch weiterhin zu schenken.“

Turnverein „Nichte“ Berlin. Die sportlichen Wettkämpfe am Sonntag brachten folgende Resultate: Dreikampf: Altersklasse: Georg 55 Punkte. Klasse A: Rabe 74 Punkte. Klasse B: Kolberg 64 Punkte. Klasse C: Lutz 64 Punkte. Turnrinnen: Schröder 47, Seifritz 46 Punkte. Sonderwettkämpfe Männer, Stabwettkämpfe: Fahl 7,40 Meter. Distanzwettk.: Fahl 30,25 Meter. Sperrwettk.: Fahl 33,85 Meter. Beklinge, Distanzwettk.: Henneberg 25,15 Meter. Sperrwettk.: Henneberg 34,15 Meter. Schachspiel 32,95 Meter. 5x100 Meter-Stafette. Männer: Norden I 1 Min. 10¹/₂ Sec. Frauen: I. Abt. 1 Min. 24¹/₂ Sec. Beklinge: Südost 1 Min 11¹/₂ Sec. Distanzwettk. Beklinge: Südost 4 Min. 45¹/₂ Sec. Spiele in Faust- und Tamburinball bildeten den Schluß des Tages.

Ein Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters findet heute in der Philharmonie, Brandenburgische Straße 22/23, statt. Beginn des Konzerts 8 Uhr. Eintrittspreis 30 Pf. Kosteneröffnung 7 Uhr.

Die Pferde verschwinden. Der 17 Jahre alte Ausländer Walter Pomeroy eines hiesigen Spediteurs traf in einer Schonwirthschaft drei ihm bekannte junge Männer, einen Max Dieboldt, einen fahnenflüchtigen Soldaten Georg Paschke und einen Erich Bierkant. Diese überredeten ihn, sich ein Fuhrwerk von ihnen stellen zu lassen. Am nächsten Tage fuhr Pomeroy nach dem Kaiser-Franz-Grenadier-Platz und von dort nach dem Anhalter Güterbahnhof. Diesen hatten sich die drei als geeigneten Platz ausgesucht. Unterwegs fügten sie zu dem Ausländer auf den Wagen, der mit zwei Pferden im Werte von 1500 M. bespannt war. Bald darauf kam Pomeroy nach der Wache des 7. Regiments und zeigte an, daß ihm sein Fuhrwerk gestohlen worden sei. Man schöpfte Verdacht, weil er Felle und Schürze auf dem Wagen hatte liegen lassen und weil die Ermittlungen ergaben, daß bei ihm noch am Bahnhof zwei Männer auf dem Fuhrwerk gefahren hatten. Diese hätten von dem Diebstahl doch wohl etwas sehen müssen. Von der Kriminalpolizei noch einmal gründlich verhört, gab der Bursche endlich zu, daß er es hatte stellen lassen. Er hatte sich bald nach der Anzeige in einer Schonwirthschaft mit den Dieben getroffen und von ihnen 200 M. erhalten. Wie nun weiter festgestellt wurde, waren die Diebe sofort nach der Landberger Allee zu einem Hofschlächter gefahren. Dieser schlachtete gleich die beiden Pferde und gab den Dieben ein anderes, mit dem sie unverdächtig den Wagen nach Reutken brachten, um ihn dort stehen zu lassen. Die Geschirre verkannte sie nach der Kommandantenstraße. Der Hofschlächter verkaufte das Fleisch des einen Tieres sofort an seine hiesige Schlachthof, das des anderen verschob er an einen Schlächter. So waren beide Pferde und Geschirre in wenigen Stunden spurlos verschwunden.

Ein räuberischer Ueberfall wurde am Montag nachmittag um 3 Uhr in der Lothringer Straße verübt. Eine Rauchwarenhandlerin ging um diese Zeit von der Zentralmarkthalle nach ihrer Wohnung im Vorderhause des Grundstücks Lothringer Straße 76. Als sie die Treppe hinaufstieg, kam plötzlich ein Mann hinter ihr her und verfeigte ihr mehrere Faustschläge gegen die Schläfe und auf den Kopf. Dann entriß er ihr die schwarze lederne Handtasche, die 2000 M. ihren goldenen Kneifer, ihr Kundenbuch und alle Lebensmittellisten für zwei Personen und zwei Lotterielose enthielt. Die Frau fiel unter der Wirkung der Schläge und des Rades die Treppe hinunter, konnte aber noch um Hilfe rufen. Trotzdem entkam der Räuber mit der Beute. Auf seine Verurteilung hat die Kriminalpolizei eine Befehlsung von 500 M. ausgesetzt. Er ist etwa 28 Jahre alt und kräftig gebaut, hat einen kleinen, kahlen Schnurrbart und trug einen kleinen, runden, grauen Hut, einen dunklen Jackettanzug und ein weißes Vorhemd. Er machte den Eindruck etwa eines Handlungsgesellen.

Charlottenburg. Kleinkinderfürsorge. Die Fürsorge für die Kinder vom 1. bis 6. Lebensjahr hat neben der Säuglingsfürsorge die Stadt Charlottenburg seit dem 1. April 1911 eingetriedet. In jeder der Charlottenburger Säuglingsfürsorgestellen werden besondere Wochenpredstunden für Kinder vom 1. bis zum vollendeten 6. Lebensjahre abgehalten. In diesen Sprechstunden werden in regelmäßigen Zwischenräumen zunächst solche Kinder, die bis zum vollendeten 1. Lebensjahre bereits die Fürsorgestelle besucht haben, weiter vorgeführt. Zugelassen werden jedoch alle Kinder im Alter von 1 bis 6 Jahren, auch wenn sie die Säuglingsfürsorgestellen vorher nicht besucht haben. Mütter und Pflegerinnen erhalten dabei unentgeltlichen spezialärztlichen Rat über die für das Gedeihen des Kindes gebotenen Maßnahmen und die Vermeidung von Schädlichkeiten. Eine ärztliche Behandlung findet nicht statt. Diese Kleinkinderpredstunden werden an folgenden Tagen abgehalten: Säuglingsfürsorgestelle I, Berliner Str. 137; Mittwoch, 2—3 Uhr; II, Wilmersdorfer Str. 111; Dienstag, 2—3 Uhr; III, Kirchhof 5a; Freitag, 1—2 Uhr; IV, Weichingstr. 11; Dienstag, 2¹/₂—3¹/₂ Uhr; V, Kaiserin-Augusta-Allee 102; Dienstag, 2—3 Uhr; VI, Kaiserin-Augusta-Viktoria-Haus, Kolonnenstraße; Mittwoch, 2—3 Uhr; VII, Forstweg 28; Donnerstag, 2—3 Uhr. Die Mütter und Pflegerinnen, die zugleich einen Säugling und ein größeres Kind der Fürsorgestelle vorstellen wollen, können ausnahmsweise auch die größtenteils Kinder in der Säuglingspredstunde mit vorstellen.

Der Kampf gegen die Tuberkulose. Der Tuberkulose und die Infektionskrankheiten, die nach in den weitesten Schichten vorhanden sind, macht es notwendig, über die Vorbeugung und Bekämpfung der Krankheit in diesen Kreisen aufklärend zu wirken und den Kranken und deren Umgebung mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Dieser Aufgabe unterzieht sich für die Bewohner Charlottenburgs das städtische Fürsorgeamt für Tuberkulose und Infektionskrankheiten mit dem Vaterländischen Frauenverein vom Roten Kreuz. Hier kann sich jeder unentgeltlich untersuchen lassen. Eine ärztliche Be-

Handlung findet jedoch im Vorkriegsstand nicht statt; bereits in ärztlicher Behandlung stehende Kranke werden nur im Einverständnis mit dem behandelnden Arzt untersucht. Alle Tuberkulosen und alle Familien, in denen ein Fall von Tuberkulose vorkommt, sollen sich daher an das Fürsorgeamt für Lungenkranke in Charlottenburg, Cecilienhaus, Berliner Str. 137, wenden. Dort finden täglich von 10 1/2-11 Uhr Sprechstunden statt, für Männer Montags und Donnerstags, für Frauen Dienstags und Freitags, für Kinder Mittwochs und Sonnabends.

Faulow. Morgentranke und Graupen gelangen in den bekannten Geschäften gegen Abrechnung des Bezugs- und Luitungsabschnitts 41 von der gemeinsamen Lebensmittelkarte zum Verkauf. Auf den Bezugs- und Luitungsabschnitt 41 entfallen 125 Gramm Morgentranke und 75 Gramm Graupen. Die Militärkranke erhalten die Ware nur gegen Vorlegung des Urlaubspasses und gegen Abrechnung des Bezugsabschnitts 1 von der Lebensmittelkarte für Militärkranke der 23. Woche. Der Preis beträgt für 250 Gramm Morgentranke 0,45 M. (in 1/2 Pfund-Packungen), für 125 Gramm Morgentranke (loose) 0,23 M., für 250 Gramm Graupen 0,18 M., für 75 Gramm Graupen 0,08 M.

Die Schuss-Abfertigungsanstalt, die die Gemeinde für die ortsanwesende Bevölkerung eingerichtet hat, ist in Betrieb genommen worden. Die Annahmestelle befindet sich im Laden Wallanstraße 17.

Brennholz. Der ortsangehörigen Bevölkerung wird jetzt die Gelegenheit geboten, ihren Winterbedarf an Brennholz einzulösen. Bis zum 17. August gelten folgende Sommerpreise: Nieser-Nieserholz (Nadelholz) kostet in Nieser zu 1 Raummeter aufgelegt auf Lagerplatz 88 M., desgleichen Laubholz kostet 42 M. Nieser-Nieserholz, dreimal geschnitten, kostet auf Lagerplatz der Zentner 4,50 M., desgleichen Laubholz kostet der Zentner 5,50 M. Nieser-Nieserholz, dreimal geschnitten und ofenfertig gespalten, kostet der Zentner 5 M., desgleichen Laubholz kostet der Zentner 6 M. Knüppelholz wird zu 30 M. für 1 Raummeter abgegeben. Laubholz kann nur dem jeweils vorhandenen Vorrat entsprechend abgegeben werden. An die minderbemittelte Bevölkerung wird Nieser-Nieserholz dreimal geschnitten der Zentner zu 2,50 M. abgegeben. Wenn es ofenfertig gespalten verlangt wird, so kostet der Zentner 3 M. ab Lagerplatz. Als Winterbedemittel gelten Familien, die bis zu 4000 Mark und Bedie mit Sonderlohnarten, die bis zu 3000 M. Einkommen verdienen. Als Ausweis ist die letzte Steuererklärung und die Kohlenkarte vorzulegen. Der Verkauf findet im Rathaus, Zimmer 56, werktäglich von 9-11 Uhr statt. Das geschnittene und das gespaltene Holz wird auch durch Schiffsleute frei Haus geliefert. Die Zufuhr und das Abtragen des Holzes in den Keller oder in Erdgeschoss-Wohnungen kostet für jede angefangene drei Zentner 1,50 Mark. Die Schiffsleute dürfen kein Trinkgeld fordern.

Reinigungsarbeiten. In den folgenden Geschäften stehen für diejenigen, welche die letzte Ausgabe übergeben haben, noch Heringe gegen Abrechnung der Abfahne 150 A/B der Hiesigen Lebensmittelkarte zur Verfügung: Weder, Vorber, Wölfe, Dahle, Dubois, Gerde, Gynze, Hontmann, 8 Kaufmann, Ledtke, Sanle, Schäfer und Tischmacher. — Im Geschäft von Hontmann können noch Hülsenfrüchte und Suppen gegen Abgabe der Kartoffelkartenabschnitte 26a-o bezogen werden.

Kartoffelverkauf. Am 10., 12. und 13. findet in der Turnhalle der Verkauf von Kartoffeln statt. Auf jede Kartoffelkarte, die vorgelegt ist, entfällt 1 Pfund Kartoffeln. Am 10. und 12. erfolgt der Verkauf von 9-11 1/2 Uhr vormittags und von 2-7 Uhr nachmittags. Am 13. von 9-11 1/2 Uhr vormittags und von 2-5 Uhr nachmittags.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Groß-Berlin.

Heute abend 8 Uhr: Mitgliederversammlungen und Antragskündigungen der Parteigenossen. — Entgegennahme der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder.

Berlin I.

bei Glaue, Kommandantenstraße 88.

Berlin II.

1. und 2. Abt. Westen bei Wäcker, Steinmühlstr. 3a. — 3., 4. und 5. Abt. Friedrichshof und Südwesten, Lindenstr. 3, 2. Hof. 3. —

Deutsches Theater. Mit Max Pallenberg heute u. Donnerstag 8 Uhr: Familie Schmek. Freitag: Bibikoff. Hammerspiele. Allabendlich 7 1/2 Uhr: Inkognito. (Operette.) Volkshaus, T.S. Eilowpl. Letzte Woche. Allabendlich 7 1/2 Uhr: General York.

Theater des Westens Allabendlich 7 1/2 Uhr: Leopoldine Konstantin in Die Tänzerin.

Dir. C. Meinhard — R. Bernauer. Theater: Königgrätzerstr. 8 Uhr: Die fünf Frankfurter. Komödienhaus 8 Uhr: Die Zarin.

Berliner Theater 7 1/2 Uhr: Blitzeblaues Blut.

National-Theater Cöpenicker Str. 63 (Jannowbrücke). — Täglich 7 1/2, 8, 9 Uhr: Noch nie dagewesener Lacherfolg! Mäusehen.

Militärhumoreske in 3 Akten. Musik von Walter Bromme. Vorverk. 10 U. ununterbroch. Trianon-Theater

BH. Friedrichstr. Ztr. 4937. 891 8 U. Zum 313. Male: Der Lebensschüler. Kaiser-Titz, Bildt, Film. Sonnab. nachm. 7 1/2, 4 U. Kl. Pr.: Schneewittchen. Sonntag 4 Uhr: Hedra Cahler.

Th. Ld. Frankfurter Allee 313. Der Riesenerfolg des Thalia-Theaters über 500 Male! Puppen. (Du bist mein Augentorn ...) Ges. - P. I. 3 Akt. v. Jean Kren u. Kurt Kraatz. Mus. Gilbert. Anfang täglich 7 1/2 Uhr. Sonntag 4 Uhr: Bunte Bühne.

Theater für Mittwoch, 10. Juli.

Central-Theater 7 1/2 Uhr: Die Csardasfürstin.

Deutsches Opernhaus 7 Uhr: Die schöne Helena.

Friedrich-Wilhelmstheater 7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus.

Kleines Theater 8 Uhr: Arlekin und seine Fehler mit Bassermann.

Komische Oper 7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel.

Metropol-Theater 7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul.

DER „HIAS“ Täglich 7 1/2 Uhr abends Heute nachmittag 3 1/2 Uhr Familien- und Schüler-Vorstellung zu kleinen Preisen. Walhalla-Theater Weinbergsweg

Rose-Theater. 7 1/2 Uhr: Die Prinzessin vom Nil. (Sonderb.: Bitte recht freundlich!)

SARRASANI Zirkus-Busch-Gebäude. Täglich 7 1/2: Das gewaltige Massen-Manege-Schaustück. — Torpedo — lost 9 Bilder. Die gr. artistischen Einlagen wie Turmschiffhäuser, Bombenkünstler, Luftmenschen, Lanzenträger. Vorverkauf: Zirkuskasse und A. Wertheim.

Admiralspalast. Die Prinzessin von Tragant. Saldad. Deutsche Tänze. 7 1/2 Uhr. 2, 3, 4, 5, 6 M.

Lustspielhaus 7 1/2 Uhr: Die blonden Mädels v. Lindenhof.

Neues Operettenhaus 7 1/2 Uhr: Der Soldat der Marie.

Residenz-Theater 7 1/2 Uhr: Flieder-Kirchen.

Schiller-Th. Charl. 7 1/2 Uhr: Alt-Heidelberg.

Thalia-Theater 7 1/2 Uhr: Unter der blühenden Linde.

Theater am Nollendorfsplatz 3 1/2 Uhr: Martha. (Oper.) 7 1/2 Uhr: ...

Berliner Prater-Theater. Kottbuserallee 7-9. Täglich 5 Uhr in vollständig neuer Bearbeitung: Im Wollentarameter. Große Posten-Ressort in 5 Bildern. Jeder die großart. Spezialitäten heute (wie jeden Mittwoch): St. Kinderfest. 3 Uhr.

Admiralspalast. Die Prinzessin von Tragant. Saldad. Deutsche Tänze. 7 1/2 Uhr. 2, 3, 4, 5, 6 M.

Admiralspalast. Die Prinzessin von Tragant. Saldad. Deutsche Tänze. 7 1/2 Uhr. 2, 3, 4, 5, 6 M.

6. Abt. Südwesten bei Schäfer, Cornishofplatz 4. — 7. und 8. Abt. Süden bei Reim, Urbanstr. 29.

Berlin III.

im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15.

Berlin V.

1. und 1a Abt. bei Meier, Fannmühlstr. 26. — 1b Abt. bei Schwabers, Raugarder Str. 3. — 2. und 3. Abt. in Siemensfesthallen, Linienstr. 8. — 4., 5. und 6. Abt. bei Biedert, Linienstraße 198. — 7. Abt. bei Leibig, Schiffbauerdamm 22.

Berlin VI.

1. und 2. Abt. bei Dobrowski, Zwinmünder Str. 11. — 3. u. 4. Abt. bei Burg, Bregianer Allee 189, Ecke Kaumerstr. — 5. Abt. bei Grunau, Eichheimer Str. 20. — 6. Abt. bei Goldschmidt, Stahlstraße 30. — 7. Abt. bei Korn, Kleinstr. 10, Ecke Rastplatz. — 8. Abt. bei Hoffmann, Zwinmünder Str. 47. — 9. Abt. bei Obigla, Stralander Str. 11. — 10. Abt. bei Garus, Goltzstr. 37. — 11. Abt. bei Paul, Gartenstr. 101. — 12. u. 15. Abt. bei Bauer, Vieseler Str. 20a. — 13. u. 14. Abt. bei Kleinert, Dechowstr. 21, Ede Jagowstraße. — 16., 17., 20., 21. und 22. Abt. bei Sasse, Lindower Straße 26. — 18. u. 19. Abt. im „Schwedenzelt“, Ede Gergier- und Schwedenstraße.

Teltow-Bezirk.

Mit-Gliede-Pallenberg: bei D. Meier, Straße am Falkenberg Nr. 10-20.

Bohndorf: 8 1/2 Uhr bei Heimann, Riedelstraße.

Brin-Budow: bei Otto Paar, Weid. Weider Str. 37.

Chalottenburg: Volkshaus, Rosinenstr. 8 (Heiner Saal).

Neuhöll: 1. und 2. Bezirk bei Schulz, Reuterstr. 47. — 3. und 4. Bezirk bei Karl Müller, Weiserstr. 200. — 5. Bezirk bei Schütler, Weiserstr. 5. — 6. Bezirk bei Rood, Weiserstr. 41. — 7. Bezirk bei Robert Iden, Poddinistr. 58. — 8. Bezirk bei Kleinert, Stuttgarter Straße 7. — 9. Bezirk bei Rischke, Verhelddorfer Str. 8. — 10. bis 12. Bezirk im „Luzernerheim“, Böhmische Str. 13. — 13. bis 17. Bezirk bei Grafel, Derrmannstr. 178. — 18. bis 20. Bezirk bei Rißmann, Prinz-Sandberg-Str. 89. — 21. bis 23. Bezirk bei Heintzel, Herrfurthstr. 27. — 24. Bezirk bei Bähr, Parkgartenstr. 4.

Schönberg: bei Ost, Martin-Luther-Str. 69.

Steglich: bei Clement, Tümpelstr. 7.

Tempelhof: bei Schade, Berliner Str. 121.

Wilmersdorf: bei Schumann, Schwartkopffstr. 120.

Wilmersdorf: bei Schäfer, Brandenburgische Str. 60.

Niederbarnim.

Orfner: bei Eichhorn, Wilhelmstraße.

Kaulsdorf: bei Dampel, Sönowstr. 5.

Lichtenberg: Die Verjüngung im Monat Juli fällt aus.

Oberschöneweide: bei Labowitz, Laufenerstr. 5.

Reinickendorf: bei Stärke, Charlottenburger Straße 3.

Reinickendorf-West: bei Schäfer, Antonienstr. 10.

Aus aller Welt.

Explosion in Wien.

Wien, 8. Juli. Durch eine Explosion im Geschäftslokal eines Wäschenmachers in der Gumpendorfer Straße wurden große Verletzungen in einem Hause verursacht und sieben Personen getötet; außerdem wurden mehrere beim Rettungswerke verletzt. Als Ursache des Unfalls wurde festgestellt, daß der Wäschenmacher mit 50 Kilogramm Schießpulver unvorsichtig umging, wodurch dieses zur Explosion kam.

Großfeuer. Augsburg, 9. Juli. Infolge eines durch Kurzschluß entzündeten Großfeuers wurde das große Dampfkrane der Bruchsalter Holzhandlungsgesellschaft im Wiesentfeld vollständig zerstört.

Brand in dem Lagerhaus der Rheinisch-Westfälischen Zementwerke. In der Nacht auf Sonntag brach in dem Lagerhaus der Rheinisch-Westfälischen Zementwerke ein bisher unbekanntes Unheil Feuer aus. In der Lagerhalle lagerten bei Ausbruch des Feuers viele Hunderte von Baumwollbällen, die für Deutschland bestimmt waren, jedoch später nicht mehr ausgeführt werden konnten. Dank der Arbeit der Feuerwehre konnte ein großer Teil des Lagers gerettet werden. Die meisten Ballen sind nur angekokelt, so daß die Baumwolle noch verarbeitet werden kann.

Neukölln Weserstraße Ecke Rütlistr. 5 Minuten vom Hermannplatz.

Heute Mittwoch: 2 große Vorstellungen um 3 1/2, und 7 1/2 Uhr.

WILHELM HAGENBECK

Auch zu jeder Nachmittagsvorstellung kommen die 21 Schlagernummern! des Hagenbeck'schen weltberühmten Zirkusspielfeldes zur Aufführung!

LÖSET RECHTZEITIG im Voraus die EINTRITTSKARTEN!

Täglich Abendvorstellung um 7 1/2 Uhr. Nur bis Montag

Vorverkauf: ab 10 Uhr vormittags an der Zirkuskasse, außerdem im Warenhaus Joseph & Cie., Berliner Straße, Neukölln, Telefon 2105.

Theater der Friedrichstadt. Ecke Friedrich- u. Linienstr. Telefon: Norden 8050. Täglich 7 1/2 Uhr: Die erste Geige. Sonnt. nachm. 3 1/2, kleine Pr.: Jugend.

Reichshallen-Theater. Allabendlich 7 1/2 Uhr: Stettiner Sänger. Reichshallen-Saal 7 1/2 Uhr: Großes Dittgen-Konzert.

Wie ein Wunder heiligt ... San-Rat Hausalbe ...

Sühneraugen Fußsohlenverhärtung ...

Reichshallen-Theater. Allabendlich 7 1/2 Uhr: Stettiner Sänger. Reichshallen-Saal 7 1/2 Uhr: Großes Dittgen-Konzert.

Wie ein Wunder heiligt ... San-Rat Hausalbe ...

Sühneraugen Fußsohlenverhärtung ...

Jugendveranstaltungen.

Arbeiterjugend, Gruppe Wobau. Heute abend 7 1/2 Uhr Wilhelmshöner Straße 48 (Vormittagskaffee): Vortrag des Genossen Demnid: „Die Entwicklung der Sprache“.

Briefkasten der Redaktion.

Lito 1899. Es empfiehlt sich doch, zur persönlichen Rücksprache zu uns in die Sprechstunde zu kommen. — 2. 18. 1. Der Antrag ist beim Amtsgericht zu stellen. 2. Da. 2. Beim Kommandoüber. — 6. 128. Die Rechtsabteilung stellt auf dem Heutenbeise. Heutigen wird eine Verfügung erlassen sein, da für die geringe Anzahl Heuten nicht gemacht werden. Die Kinder aus erster Ehe haben nur Anspruch am Nachlass des Vaters, die Kinder aus zweiter Ehe an dem gesamten Nachlass, die uneheliche Tochter nur am Nachlass der Mutter. — 110. Die Steuererklärung ist in der Weise richtig erfolgt. — 6. 2. 2350. Sie haben keinen Anspruch auf Verweisung. — 24. 5. Die Empfangsnote rechnet in dem Fall vom 17. November bis 18. März. — 6. 60. Gefährlich von 6 Monaten bis 2 Jahre. — Nieder-Schöneweide. 1. und 2. Rein.

Wasserstandsnotizen der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 7.		8.		Wasserstand am 7.		8.	
Wemel	Tüft	cm	cm	Zaale	Großh.	cm	cm
Wemel	Tüft	131	131	Zaale	Großh.	84	82
Wegel	Unterburg	-18	-15	Habel	Spanau	27	30
Wischel	Thorn	18	18	Wand	Mahnenom	-3	-12
Oder	Malder	136	148	Epre	Epreberg	100	-
	Großen	98	109	Weser	Kosdorf	181	188
	Franfurt	85	115	Wand	Wand	128	120
Warthe	Sarum	20	20	Wand	Wand	170	180
	Landberg	-6	-	Rhein	Maximilian	-	-
Neue	Borbaum	-4	-11		Gand	244	-
Eibe	Neimeth	193	-		Gand	216	218
	Freuden	69	68	Nedar	Waldrom	81	-
	Harbo	100	171	Main	Hanau	90	100
	Ragdeburg	50	105	Wiel	Zaner	11	-

Wetterausichten für das mittlere Norddeutsche bis Donnerstag mittag. Zunächst ziemlich warm, überwiegend bewölkt, mit meist verwehtem Westwind, später etwas stärkere südliche Auflockerung und Abkühlung.

Gewinnauszug der 12. Französisch-Süddeutschen (188. Königlich Preussische) Klassenlotterie 1. Klasse 1.ziehungstag 9 Juli 1918

Auf jede gezogene Nummer hat zwei gleich hohe Chancen gefallen, und zwar je einer auf die Zahl der Nummer in den beiden Ziehungen I und II

(Oben Gewinne u. St. u. i. 3.) (Nach unten verbleiben)

In der Vormittags-Ziehung wurden Gewinne über 50 Ml. gezogen:	
2 Gewinne zu 5000 Ml.	80386
2 Gewinne zu 3000 Ml.	73276
4 Gewinne zu 1000 Ml.	22851 91070
2 Gewinne zu 500 Ml.	35163
2 Gewinne zu 400 Ml.	78143
14 Gewinne zu 300 Ml.	67483 60527 87890 103610 147949 159933 176379
30 Gewinne zu 200 Ml.	10253 20653 25934 58556 72006 90611 107117 130541 131485 136152 143026 149306 162766 176774 184235
74 Gewinne zu 1000 Ml.	5070 12417 20370 26365 29239 42294 42698 50131 50444 67070 67128 67348 68015 71875 77195 79510 79595 82195 105723 109545 110466 119233 123563 128260 132519 133577 140020 145077 146358 152354 155830 175293 177540 178273 186895 192938 194167
In der Nachmittags-Ziehung wurden Gewinne über 50 Ml. gezogen:	
4 Gewinne zu 500 Ml.	117231 182472
6 Gewinne zu 400 Ml.	43073 49471 183547
10 Gewinne zu 300 Ml.	21715 32192 50271 73875 146143
42 Gewinne zu 200 Ml.	25496 37511 46924 63004 68792 71506 79594 84632 93294 106368 121885 125068 154637 162928 168489 169900 173259 175012 176103 198753 211443
88 Gewinne zu 100 Ml.	6203 5510 8485 11309 22564 26075 26542 33517 35554 43983 45733 69564 69463 63973 68265 73043 76387 87871 88018 89046 108302 112971 115726 130871 134133 135362 136946 140697 143621 143528 146964 162449 168806 173313 178398 180102 192897 185946 191686 199495 199318 205713 208426 209106

Spezialarzt Dr. med. Hasche, Friedrichstr. 90. Behandl. von Syphilis, Hautkrankh., Frauenkrankh., (bes.) chron. Jod-, Schmelz-, Harnsteine, Bluthinterhaltung, 24 St. Weile Teilzahlung, Sprechstunden 11 bis 1 und 5-8, Sonnt. 11-1.

Radikalin ges. gesch. Nr. 151 051 ein sicheres Mittel gegen Bartflechte. Uebertrifft alles dagewesene, beseitigt unter Garantie in wenigen Tagen jede Bartflechte.

Spezialarzt Dr. med. Wockenfuß, Friedrichstr. 125. Sprechst. 11-1, 6-8 für Syphilis, Harn- u. Frauenkrankh. Blutuntersuchungen. Schnelle, sichere, schmerzlose Heilung ohne Berufsaufhebung, Teilzahlung. Prospekte d. ... Miuna Kube

Jubiläums-Lotterie 3667 Gewinn — Markw. 100000 50000 10000. Lose à 3.50 M. Paris u. Lito. Berliner Lose-Centrale, Berlin C 2, Mühlendamm 3.

Lesen Sie dies zweimal.



Die Natur hat dem Menschen die Augen gegeben, damit er gut sehen kann, nicht aber, damit er Beschwerden davon haben soll. Die Augen aber dürfen am wenigsten ungestraft überangestrengt werden, denn diese Beschwerden, die anscheinend nichts mit den Augen zu tun haben, können dennoch durch deren Überanstrengung hervorgerufen werden, besonders Kopfschmerz, Nervosität, Schwindelanfälle und Uebelwerden.

Gute Augenlinsen können Sie davor schützen. Aber die Hauptsache ist, daß Ihnen Ihre Gläser ganz genau passen, dabei fest und absolut richtig sitzen. Dafür garantieren wir Ihnen! Unsere modernen Formen sind überaus lieblich.

Die Augenuntersuchung ist kostenlos.

Wir garantieren für Passen der Gläser und was ebenso wichtig ist, für guten Sitz. Unsere Dienste aber gehen noch weiter, denn wir garantieren für unsere Einfassung von M. 8.50 aufwärts (ohne Gläser) 2 und 3 Jahre und machen Ihnen in dieser Zeit

alle Reparaturen umsonst.

Ausgenommen ist Bruch der Gläser, der Horn- und Schildpatt-Teile. Da, selbst wenn die garantierte Fassung, sei es auch durch Ihre eigene Schuld, so zerbrochen wird, daß eine Reparatur nicht mehr lohnt, so erhalten Sie gleichwertigen Ersatz umsonst.



Sind die Augen, Geh' zu Ruhmke!

Optiker Ruhmke

Verlangen Sie nach außerhalb
kostenlos unsere Optiker
zum Selbstbestimmen passen
der Gläser nach Verbandsliste.

- C.** Spittelmarkt, Ecke Wall-Str., Alexanderplatz, neben Kitzinger
- W.** Leipziger Str. 113, Ecke Neuber-Str., Cinf-Str. 1, 4, Potsdamer Str.
- N.** Chaussee-Str. 72, Invaliden-Str. 164, Ecke Brannen-Str.
- NW.** Friedrich-Str. 130, Ecke Dorotheen-Str., Schöneberg: Haupt-Str. 21 am Kaiser-Wilhelm-Platz
- Friedenau:** Rheia-Str. 18, Ecke Reich-Str., gegenüber der Kaiser-Str.
- Wilmersdorf:** Berliner Str. 132-3, a. d. Ullrich-Str.
- Charlottenburg:** Tauentzien-Str. 13, Ecke Hamburger Str., Joachimshaler Str. 2, am Bahnhof Zoo.
- SO.** Oranien-Str. 44, a. d. Oranien-Platz
- Friedrich-Str. 180,** Ecke Linden-Str.
- Friedrich-Str. 108,** Ecke Siegel-Str.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Maschinenarbeiter
Friedrich Kandelbacher
Lichtenwalder Str. 40,
am 6. Juli gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 10. Juli, nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rajarath-Richthofes in Reinickendorf-West, 10. Ullrich-Str., aus statt.
Kege Beteiligung wird erwartet.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Dreher
Adolf Schröder
Babststr. 60,
am 6. Juli gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 11. Juli, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Eichenhofes in Buch aus statt.
Kege Beteiligung wird erwartet.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schloßer
Paul Rinneberg
Streitberger Str. 44,
am 7. Juli gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 11. Juli, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Eichenhofes in Buch aus statt.
Kege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf.
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser
Oswald Thamm
Tegel, Egellstr. 18,
am 22. Juni gestorben ist.
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Werkzeugschloßer
Walter Köpke
Eichengrabenstr. 9,
gestorben ist.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser
Hieronymus Bartsch
Reichenhäger Str. 21,
am 21. Juni gestorben ist.
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser
Paul Pinkert
Reinickendorf, Nordbahnhof 25,
am 6. Juli gestorben ist.
Ehre Ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Spezialarzt
Dr. med. Laabs
bes. chron. grünl., mögl. Schmerz u. ohne Operation. Geschlechtskrankheit, geheimes Haut-, Herz-, Frauenleiden, Schwäche, Graviditätsstörungen, Harn- und Blutuntersuchung.
Königstr. 34/36, Bahnh. Alexanderplatz
Ept. 10-11 u. 1-2, S. 10-11

Kranzbinden
sowie sämtliche Blumenarrangements liefert schnell und billig
Paul Gross, Lindenstr. 69,
Tel. Herm. Appl. 241, 242, 243.

Deutscher Transportarbeiterverband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kohlschiffer
Hermann Luther
am 4. Juli im Alter von 63 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Einäschung findet am Donnerstag, den 11. Juli, nachmittags 2 Uhr, im Krematorium Gerlachstraße statt.
Die Bezirksverwaltung.

Verband d. Maler, Lackierer, Anstreicher.
Filiale Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege
Franz Ohm
(Bezirkl. Osten) am 8. Juli verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Kirchhofs der Arbeitervereinigungen in Weihenhergen, Weihenhergen-Str. 110, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.
Zweigverein Berlin.
Bezirk Norden I.
Am 8. Juli starb unser Mitglied, der Maurer
Ambrosius Schumme.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, auf dem Friedhof am Eichenhof in Reinickendorf, Nordend, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht.
Die örtliche Verwaltung.

Nach 30monatigen schweren Kämpfen und Strapazen im Ost und West starb am 8. Juli 1918 in einem heiligen Lazarett an seiner durch schwere Granatwunden verursachten Verwundung mein treusorgender, bezugsreicher Mann, innig geliebter Vater, Sohn, Bruder, Schwiegersohn und Onkel, der Weistelle
Otto Rühr
geb. d. 11. Kreuzes 2. St. im 44. Lebensjahre.
Dies zeigen tiefbetrübt an
Emma Rühr als Wittwe,
Frida als Tochter.
Die Beerdigung findet Freitag, den 12. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Garnison-Friedhofes, Gajensheide, aus statt. 11088

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
Filiale Groß-Berlin.
Den Mitgliedern geben wir hiermit Nachricht vom Tode des Kollegen
Friedrich Bögge
Friedrichshagen.
Ehre seinem Andenken!
Die Einäschung findet am Mittwoch, den 10. Juli, nachm. 4 Uhr, im Krematorium in Treptow statt.
Um rege Beteiligung der Kollegen ersucht.
Die Ortsverwaltung.

Trenns Gedenken.
Am 10. Juli vorigen Jahres fiel im blühenden Alter von 25 Jahren unser lieber Sohn und Bruder, Buchdruckmaschinenmeister, Mitglied der Jugend-Organisation, nachdem er 2 1/2 Jahre beim Roten Kreuz in Belgien war und die Medaille für treue Pflichterfüllung erhalten, der Seefeldat 1907
Alfred Büchel.
Ihn, welcher seit seinem 16. Jahre für die Ideale der Menschheit kämpfte, raffte auch dieser Völkerring dahin.
Am Sonntagmorgen beim Glockenklang zog singend am Walde eine Schar entlang.
Ihr Lied erklang so froh und frei.
Unser lieber Sohn war mit dabei.
Nach Jahren — der Glocke dumpfer Klang.
Sie klangete Dir zum Grabgesang.
Du stiehl im Kampf im fremden Land.
Du gabst Dein Leben fürs Vaterland.
Nun ruhest Du sanft in fremder Erde.
Ach, wenn es doch erst Friede wäre.
Ein Sägel deat Dich, und ein Stein,
Und wirst Du unvergessen sein.
Deine Dich ewig liebenden Eltern und Geschwister.
Familie Büchel,
Niederlehmann, Sprestr. 20,
Dein Freund Paul Dohrenz.

Statt besonderer Meldung.
Nach langem, schwerem Leiden entfiel am Sonntag im Krankenhaus Rudow meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante,
Fran Frida Wagner
geb. **Rauscher**
im Alter von 33 Jahren.
Dies zeigen tiefbetrübt an
Franz Wagner
u. Kinder Charlotte u. Martha Reinickendorf, Friedhofstr. 28.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 11. Juli, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Eichenhofes in Buch, Reinickendorf, aus statt.

Verband der Schneider, Schneiderinnen u. Wäschearbeiter Deutschlands.
Filiale Berlin.
Unseren Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß die Damenkonfektionschneiderin Kollegin
Ida Bach
geb. 30. 6. 1867
am 6. Juli verstorben ist.
Ehre Ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 10. Juli, nachmittags 2 1/2 Uhr, auf dem Gemeinde-Friedhof Reinickendorf, Mariendorfer Weg, statt. 10278 Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser hoffnungsvoller, bezugsreicher, unvergesslicher Sohn und Bruder
Felix Seefeldt
am 13. 6. 18 auch diesem Völkerringen zum Opfer gefallen ist. 1832
In tiefer Wehmut für die trauernden Eltern und Brüder: **Hugo Seefeldt.**

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser hoffnungsvoller, bezugsreicher, unvergesslicher Sohn und Bruder
Felix Seefeldt
am 13. 6. 18 auch diesem Völkerringen zum Opfer gefallen ist. 1832
In tiefer Wehmut für die trauernden Eltern und Brüder: **Hugo Seefeldt.**

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber, einziger Sohn
Herbert Lesdau
am 7. Juli, nachmittags 5 Uhr, nach kurzem, schwerem Leiden im Alter von 7 Jahren sanft entschlafen ist.
In tiefem Schmerz
Adolf Lesdau
und Frau **Elisabeth**
geb. **Heinze.**
Reinickendorf, 1907
Königsgrabenstr. 20.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 11. Juli, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Eichenhofes, Reinickendorf, Hermannstr. 179, aus statt.

Photographische Apparate u. Bedarfsartikel.
Große Auswahl.
Nebenweise Tlg. gehalten.
Jonass & Co., Berlin SW 61,
Lette-Kilianstr. 7/10.

Besonderes Angebot in Möbel! Schlafzimmern
Eiche, innen Eiche!
1775
1 Schrank, Stiehl, Ansicht mit Kristallglas, Gutzboden, Stange, geschliffene Verglasung
1 Waschtiselle mit Kristallspiegel und Marmor
2 Nachtschränke mit Marmor
2 Bettstellen
2 Patentböden
2 Stuhl. Aufsätze-Matrasen m. Kellmst.
1 Stühle
2 Handtuchständer
Beste Verarbeitung x trockenest Material
Großes Lager in allen Sorten Schlafzimmern
Herrenzimmern — Speisezimmern — Wohnsalons
zu sehr billigen Preisen — Versand auch nach auswärts
Lombard- und Möbelhaus „Bahnhof Hörde“ G. m. b. H.
Dirksenstraße 43-44.

Große Bureauräume
Lindenstraße 3
Vorderhaus 1. Etage
sofort zu vermieten

Prachtstücke (Modelle Kostüme)
Herbst-Kostüme 150,-, 180,- usw. Seiden-Kostüme 165,-, 190,- usw.
Imprägnierte Mäntel aus Regenschirmseide!!!
Entwickelnde Glockenform 150,-, 185,- usw. Seid. Gummimantel 110,-, 135,- usw.
Plüschmäntel Astrachan-Polzmäntel
Fantasieform 180,-, 200,- usw. Echter Seeskin mit gr. Edelmarkterk. 2600,-
Röcke Seiden, Stoff 50,-, 60,- usw. **Pelz.** Seal-Exotic u. Blumenseide 1800,-
Westmann,
1. Geschäft: Berlin W, Mohrenstraße 37a
2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Straße 115.
Montag geschlossen 8-10 Uhr.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Eichenstraße 53-55.
Geschäftst. von 9-1 Uhr und von 4-7 Uhr.
Telephon: Amt Norden 153, 1230, 1987, 9714.
Achtung! Metalldrücker. Achtung!
Doanerbtag, den 11. Juli, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelsfer 15, Saal 3:
Bersammlung aller auf Flugzeug-Hauben beschäftigten Metalldrücker.
Die Tagesordnung wird in der Bersammlung bekannt gemacht.
Gang besonders sind die Kollegen der Firma Kinkel, Mühlenstraße, dazu eingeladen. Auch die Kollegen, die andere Flugzeugartikel herstellen, sind freundlich eingeladen.
114/15 Die Ortsverwaltung.

An Droshkenbesitzer, die selbst fahren, sind noch mehrere Pferde zu verleißen.
Bedingungen einsehen:
Allgemeine Berliner Omnibus-Gesellschaft.
Berlin W, Krausenstr. 10, 10922
und in den Omnibus-Depots: Gurlenaustr. 12-14, Waffstr. 22-24, Marienburger Str. 41-46.

1 km v. Bgl. Sandorf
Obst- u. Waldparzellen
25 H. u. D. H., 200 H. u. u. 101
H. u. D. H. u. u. 101
H. u. D. H. u. u. 101
H. u. D. H. u. u. 101
Gutes Obst- und Kartoffelland,
Worzele 300 H., an Bahnh. u. u.
H. u. D. H. u. u. 101
H. u. D. H. u. u. 101
H. u. D. H. u. u. 101
H. u. D. H. u. u. 101

Der moderne Metallarbeiter.
Ratgeber für Dreher, Schloßer u. Maschinenbauer.
4. Aufl. 540 Seiten, geb., mit 185 Abbild. Von Otto Schwanz.
Dieses Werk legt sich Metallarbeiter in den Stand, schnell u. sicher die vorzunehmenden Berechnungen der Höhen an Drehbänken u. Gewindeschneiden vornehmen zu können. Es enthält ferner Festigkeitslehre, Stahl u. seine Verwendung, Berechnung der Tourenzahl, um festsitz zu brechen, Umrechnung von Zoll in Millimeter, Tabellen der Kreisumfang, Verzahnung, Nuten, Mantel, Aufhängen u. Gewichts Berechnung, Schrauben u. Gewindetabellen, Achsen von Zahnradern, Kurven u. Spiralen, Bestimmung der Verdichtungen u. vieles and. Wissenswertes. Das Werk ist in einfacher, klarer Sprache von einem Kollegen geschrieben u. daher bestens zu empfehlen. Gegen Einband, von 5.50 M. oder Nachn. 5.80 M. **Edm. Herrmann, Kdt. 2, Berlin, Fruchtstr. 51.** Geschäftst. 8-6. (Postfach 708.)

ist heute fast eine Kunst
Rasieren
ohne Jwezett-Rasierpulver. Dose 1.50.
Wo nicht erhältlich, durch **J. W. Zimmer, Frankfurt a. M.**

Artillerie und Flieger.

Von F. Hauzer.

Man hätte es zu Beginn des Krieges nicht gedacht, daß sich zwischen zwei so grundverschiedenen Waffengattungen, wie Flieger und Artillerie, derart enge Verbindungen ergeben würden, wie sie sich im Verlauf der vier Kriegsjahre gezeigt haben.

Ebenso wie alle anderen Waffengattungen hat auch die Artillerie im Laufe dieses Krieges gewaltig umlernen müssen; technisch sei nur an die sich stetig vergrößernden Kaliber und an die neuen weittragenden Geschütze, die noch immer für den Gegner ein Geheimnis geblieben sind, erinnert.

Die frühere Schußbeobachtung von der Erde aus durch vorgegebene Positionen hatte mannigfache Nachteile: bei weit hinter der Front gelegenen feindlichen Stellungen war die Beobachtung oftmals unmöglich, infolge Störungen durch gegnerisches Feuer oder Beschädigungen der telephonischen Verbindungen die Korrektur jedes einzelnen Schusses wesentlich behindert.

Um das Artillerieeinschießen unter Zuhilfenahme von Flugzeugen zu einer derartigen Entwicklung zu bringen, wie es uns heute ermöglicht ist, war es vor allem notwendig, eine sichere Verbindung vom Flugzeug aus mit der Artillerie fortlaufend zu schaffen.

Allerdings handelt es sich für den Flieger hierbei um keine leichte Arbeit. Neben den Befehlen kommt hier auch die Verantwortung in Betracht, die ein Flugzeugbeobachter übernimmt, wenn er den Auftrag zur Durchführung eines Artillerieeinschießens auf ein bestimmtes und räumlich eng festgelegtes Ziel erhält.

doch, daß die von ihm erzielten Leistungen nicht nur durch gleichzeitige Mitbeobachtung von Vorkontrollstellungen, Wehtrupp und vom Ballon aus im einzelnen mitkontrolliert werden, sondern daß auch auf Grund von photographischen Aufnahmen der zu beschießenden feindlichen Stellung vor und nach dem Einschließen genau festgestellt werden kann, inwieweit die Schußbeobachtungen des Fliegers zutreffen und welche "Veränderung" des Zielobjektes eingetreten ist.

Daß der Gegner ein genaues Wissen seiner Stellungen und Batterien nicht so ruhig gefallen läßt, ist erklärlich. Neben der Bekämpfung der feuernden Batterie wird es für ihn zunächst darauf ankommen, den Einschließflieger von dem dauernden Umkreisen der zu beschießenden Stellungen abzuhalten.

Nicht nur im Einschließen hat sich ein verdienstvolles Zusammenarbeiten zwischen Artillerie und Flieger ergeben; auch in der Beobachtung feindlicher Batterien, im Feststellen neuer Rindungsfeuer und Ausbau neuer Stellungen bleibt der Flieger fortlaufend in Verbindung mit der Artillerie, deren Arbeit er jederzeit durch seine dauernde funkentelegraphische Verbindung anfordern kann.

Rose-Theater: „Die Prinzessin vom Nil“.

Daß Viktor Holländer einst seine Musikerkarriere als Opernkomponist begann, ist längst in Vergessenheit geraten. Er verfiel sich dann dem leichtgeschätzten Opern- und größtenteils Gluck, was ja eine Reihe Operetten und heitere Gesangsstücke erweilten.

Jahrzehnt, bei der das Raffinement der Instrumentierung die Mängel einer musikalischen Erfindung ersehen muß. Außerdem weiß er Komik und Humor in Couplets hervorleuchten zu machen und versteht sich gut auf wirksam aufgebauete Ensemblestücke.

Daß der Text von Landsberger-Cornelius so besonders neu ist, kann nicht behauptet werden. Eine ägyptische Königstochter als Mumie, die aber dann lebendig wird und nunmehr „einen Tag“ lang bei Männern und Frauen viel Unheil anrichtet, ist uns ja schon bei andern Theaterneheiten vorgekommen.

Erna Renate als Nette Prinzessin, daneben Rosa Schäffel als moralische Kullelia und einige andere geben zusammen einen fröhlichen Klang von lodender Werbekraft.

Wale als Volksnahrung.

Obwohl in Norwegen im Jahre 1904 der Walfang an der nord-nordwestlichen Küste durch ein Gesetz verboten wurde, sah man sich jetzt, getrieben durch die Not der Verhältnisse, veranlaßt, in Norwegen den Walfang wieder aufzunehmen, um dem Fett- und Fleischmangel abzuwehren.

Notizen.

— Vorträge. Im Botanischen Museum (Dahlem) spricht Mittwoch Prof. Harms um 5 Uhr über „Sülfenfrüchte“.

— Paula Dehmel, Richard Dehmels erste Frau, ist im Alter von 55 Jahren in Stuttgart den Folgen der Grippe erlegen. Sie war selbst mit feinem Kunstsinne begabt.

— Ein Institut für Metallforschung ist in Bildung begriffen. Die auf der Veranstaltung Deutscher Metallhütten- und Bergleute mitgeteilt wurde, sind bereits 4 Millionen dafür gezeichnet.

— Wann wurde der Revolver erfunden? Gewöhnlich hält man die Erfindung dieser verbreitetsten Handfeuerwaffe für eine technische Leistung der Neuzeit. Daß aber der Revolver nicht neuen Datums ist, ergibt sich klar aus einer italienischen Novelle des Straparola (1550), in der erzählt wird: „Darauf zog er (Storza) aus seiner Hosentasche eine kleine Schußwaffe mit fünf Läufen, die sich einzeln oder zugleich entladen konnten, wie man es wollte.“

Lodz.

Das gelobte Land.

Roman von W. St. Raymond.

„Ich habe allen zugehört, hast du's nicht gesehen?“ „Ja, hätt' es lieber gehabt, wenn du mich besonders begrüßt hättest,“ sagte er leise, seinen Lee umrührend.

„Was hättest du davon?“ Sie erhob die graublauen, traurigen Augen zu ihm, und das schöne, wunderbar regelmäßig gezeichnete Gesicht.

„Was ich davon hätte? Ich hätte es sehr gern, wenn du mich beachten würdest; es ist mir übrigens eine große Freude, dich anzuschauen und mit dir zu sprechen, Mela.“

„Ein Lächeln flog über ihre vollen, schönen Lippen, die die Farbe blauer, sizilianischer Korallen hatten. Sie erwiderte nichts und goß Tee auf die Untertasse, die ihr Vater ihr abnahm und daraus trank, ohne sein Herumspazieren zu unterbrechen.“

„Habe ich etwas Vächerliches gesagt?“ fragte Moriz, der dieses Lächeln aufgefangen hatte.

„Nein, ich erinnerte mich bloß daran, was Frau Stefanie heut früh gesagt hat. Gestern solltest du im Theater geäußert haben, daß du mit Jüdinnen nicht zu flirten verstehst, das sei eine Frauengattung, die auf dich nicht wirkt.“

„Was soll man da reden, Vater soll selbst Albert sagen, daß wir wirklich in einem Jahr Pleite machen, wenn er in dieser Art die Geschäfte weiter führt.“

„Vater, daß er ein Dummkopf ist, wenn er auch ist Doktor

der Philosophie und Chemie, weil er das Geld in den Dreckschmeißt!“

„Und vielleicht sagst du ihr, Vater, sie soll sich in Geschäfte nicht reinmischen, weil sie sie nicht versteht, und sie soll mich mit ihrem Geschrei nicht langweilen, weil ich's endlich mal überbekommen könnte.“

„Meine Gutmitigkeit, mein gutes Herz, und da red' der so, wie!“

„Still, Regina.“

„Ich werd' nicht still sein, hier geht's doch um Geld, um mein Geld; ich langweile ihn, ich kann ihm über werden, so ein Lodzer Graf, der. D je! D je!“

„Wozu affordieren? Nichts hergeben, wir kriegen von Frumkin für unser Geld keinen Groschen.“

„Das verstehst du nicht, Regina. Zeig mal die Aktiva und Passiva her, Großmann.“

„Höchstens fünfundzwanzig Prozent,“ kifferte der Alte und blies auf die Untertasse.

„Es gibt noch ein besseres Mittel,“ sprach Fichstein halbblau.

„Keiner erwiderte ihm, alle beugten sich über den Tisch, über die mit Ziffern bedeckten Papiere.“

„Fünfzigtausend Rubel Schulden!“ rief er.

„Wieviel hat er?“ fragte Moriz neugierig und stand auf, weil Mela das Himmel verlassen hatte.

„Das wird sich später zeigen, wenn man weiß, mit wieviel Prozent er affordiert.“

„Da ist ein Geschäft zu machen.“

„Das Geld hat er beinahe schon in der Tasche.“

„Du brauchst dich nicht zu grämen, Regina.“

„Ihr wollt also, daß ich Pleite mache? Fällt mir nicht ein, Menschen zu betrügen,“ sagte Großmann entschieden und stand vom Tisch auf.

„Du mußt affordieren, sonst nehm' ich meine Mitgift aus dem Geschäft raus und laß' mich scheiden; wie soll ich leben mit so 'nem Graf, was soll ich mich grämen.“

„Still, Regina, Großmann wird mit fünfundzwanzig Prozent affordieren, du kannst ruhig sein, ich bin dabei, ich werde selbst das Geschäft durchführen,“ tröstete sie der alte Grünspan.

„Willst du die Mitgift haben — nimm sie; wenn du die Scheidung haben willst — kannst sie haben. Willst du das Geld haben, das ich noch besitze — nimm es. Das Leben ist mir schon zum Eckel geworden in dieser Spitzhühnerhöhle.“

„Ich werde nie mit dir fertig werden, Regina; Ander waren

nicht da, dann sagte sie immer, sie könnte sich vor Scham nicht auf der Straße zeigen. Jetzt hat sie hier, und ist wieder nicht zufrieden.“

„Albert, red' nicht!“

„Sch, sch! Das sind eure Geschäfte!“

„Sch, sch! Das sind eure Geschäfte!“

„Sie war nie und mit nichts zufrieden, immer zankt sie mit mir.“

„Ich soll nicht zanken! Ich soll nicht zanken, wenn er mich mit solchen halbdreipierten Pferden fahren läßt, über die sich alle lustig machen.“

„Die sind gut genug, reichere Frauen als du gehen zu Fuß.“

„Aber ich will fahren, ich kann mir anständige Pferde leisten.“

„Dann kauf' sie dir, ich kann mir keine anderen Pferde leisten!“

„Still, Juden!“ rief wiederum Jelisch, im Hauteuil schaukelnd.

„Der ist schon ganz verrückt geworden! Muß man denn Geld haben, um was zu kaufen! Muß man haben, um was zu kaufen, wenn man's nötig hat? Wulff hat wohl was, weil er eine Fabrik baut, Vernstein hat wohl viel, weil er für ganze hunderttausend sich sein Haus einrichtet? Was?“

„Der Janz brach von neuem los und steigerte sich immer mehr. Alle schrien auf einmal durcheinander, beugten sich über den Tisch, schlugen mit den Fäusten darauf, rissen sich die Papiere aus der Hand und zeichneten auf dem Wachsstück immer neue Ziffern auf, warfen mit immer scheußlicheren Projekten und Pleitemöglichkeiten herum, beschimpften sich gegenseitig, sprangen vom Tisch auf, setzten sich wieder und schrien, alle Gestirte, Lippen und Wänte zitterten und zuckten. Fortgerissen von den Summen, die verdient werden könnten, wütelten sie gegen diesen Dummkopf, der ihnen den Rücken zuwandte und von einer Pleite nichts wissen wollte.“

„Selbst der Alte äußerte sich mit lauter Stimme; Regina setzte sich in einen Hauteuil und weinte kramphhaft, ganz müd vor Erregung; Landaun warf das Wachsstück beiseite und schrieb mit einem Stück Kreide Ziffern auf den Tisch, ab und zu ein ernstes Wort hinwerfend; am lautesten brüllte Sigmund Grünspan, ganz rot und schweißend; er schrie, sie müßten sich verständigen und prüfte die Ziffernreihen in dem großen Fabriksbuch, das Regina ihm gebracht hatte.“

(Fortf. folgt.)

Steuerdebatte im Reichstag.

187. Sitzung des Reichstags Dienstag, den 9. Juli, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Sayer, Graf Roedern.

Kleine Anfragen.

Abg. Dr. Trendl (D. Fr.) erhebt Einspruch gegen die Erlasse einiger Generalkommandos, wonach Mietskündigungen und Mietssteigerungen verboten sein sollen.

General v. Weidberg: Die betreffenden Verordnungen sind auf Antrag und im Einvernehmen mit den Zivilbehörden getroffen worden, um zu verhindern, daß die Wohnungsnot eine schwere Beeinträchtigung der Bevölkerung hervorruft. Diese Verordnungen sind nur eine Ergänzung der bereits bestehenden Bundesratsverordnungen.

Abg. v. Brodhausen (L.) verlangt Schutzgeld für die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter.

Ministerialdirektor Müller sagt möglichste Berücksichtigung dieses Wunsches zu.

Abg. Heßler (Op.) fordert Erhöhung der täglichen Verpflegungsgelder für Urlauber, die jetzt nur 2 M. in der Heimat erhalten.

Generalleutnant v. Oden: Ueber eine Erhöhung der Verpflegungsgelder sind Erwägungen im Gange. Die Erhebungen sind bereits abgeschlossen. Eine Entscheidung ist in nächster Zeit zu erwarten.

Abg. Dr. Studmann (natl.) fordert den Reichsanwalt auf, in bundesfreundlichem Sinne darauf hinzuwirken, daß die Ordnung der Thronfolgefrage in Mecklenburg-Schwerin in Uebereinstimmung mit dem modernen Rechtsempfinden und nicht lediglich nach dynastischen Gesichtspunkten erfolgt, und daß trotz der Tatsache, daß dem Lande immer noch eine dem Geist der Reichsverfassung entsprechende konstitutionelle Verfassung und Volksvertretung fehlt, die Renonciation nur unter eingehender Feststellung und voller Berücksichtigung der Wünsche der Bevölkerung des Landes vorgenommen wird.

Unterstaatssekretär Dr. Lewald: Die Thronfolgefrage ist ein Teil des Landesverfassungsrechts. Die Zweifel an der Gültigkeit der Regentenschaft des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin entstehen jeder Begründung. Im übrigen sind die beiden großherzoglich mecklenburgischen Regierungen mit Ermittlungen beschäftigt, ob der als nächster Agnat geltende Herzog Karl Michael durch Verzicht seine Thronrechte verloren hat. Er hat als General im russischen Heer gegen Deutschland gekämpft. (Hört! hört!) Die Folgerungen hieraus werden gegebenenfalls zu ziehen sein. (Beifall.)

Abg. Vogtner (U. Soz.) führt Beschwerde über ausnahmsrechtliche Behandlung der Unabhängigen Sozialdemokratie in Stettin.

General v. Weidberg: Mitgliederversammlungen sind allen politischen Parteien ausnahmslos gestattet, auch das Auftreten auswärtiger Redner in denselben. Verboden ist nur das Auftreten solcher Redner, deren Reden demütigend wirken. (Sachen bei den U. Soz.)

Abg. Dr. Müller-Meinungen (Op.) weist darauf hin, daß nach Nachrichten aus dem Felde immer noch Duchenlaub als Tabak verteilt wird.

Generalleutnant v. Oden: Die Sendungen sind überall angehalten worden. Es ist aber möglich, daß noch Pakete zur Verteilung gekommen sind, ehe unser Erlaß durchgeführt wurde. Vorläufig wird nur noch reiner Tabak an die Truppen geliefert. (Beifall.)

Der neue Kriegskredit.

Es folgt der Antragsetat, in dem 15 Milliarden als Kriegskredit angefordert werden.

Abg. Ebert (Soz.):

Meine Freunde haben das dringende Bedürfnis, Fragen, die mit der vorliegenden in engem Zusammenhang stehen, im Ausschuss einer näheren Prüfung zu unterwerfen. Ich beantrage daher die Verweisung der Vorlage an den Hauptausschuss.

Gegen den Widerspruch des Abg. Westarp (kons.) wird diesem Antrage entsprochen. Es folgt die zweite Beratung des

Biersteuergesetzes.

Abg. Käppler (Soz.): In der Erkenntnis, daß das Bier der beste Bundesgenosse im Kampfe gegen den Schnaps ist, hat der Reichstag in früheren Zeiten der Erhöhung der Biersteuer stets Widerstand geleistet. In den letzten Jahren hat sich das geändert und das Bier ist bereits mit 175 Millionen belastet. Nun soll es weiter mit 800 Millionen belastet werden, im ganzen also mit mehr als einer halben Milliarde. Die Regierung rechnet dabei mit einem Rückgang des Konsums von 25 Proz. Vermutlich wird er viel höher sein, zumal das Bier jetzt kaum etwas Besseres ist als gefärbtes Wasser. Aber auch ein Rückgang von 25 Proz. würde den Konsum von zahlreichen Brauereien bedeuten; damit verbunden ist die Entlohnung von Tausenden von Brauereiarbeitern und die Vernichtung von Tausenden von Gastwirten. Die Produzenten haben sich mit der Steuer abgefunden, weil sie hoffen, die Steuer auf die Konsumenten abzuwälzen. Das Gesetz bringt eine Kontingentierung der Produktion, wodurch die Gastwirte zu noch härteren Abhängigkeiten von den Brauereien kommen müssen. Als Sicherheitsventil dagegen hat der Ausschuss die genossenschaftliche Begründung neuer Brauereien seitens der Gastwirte vorgeschlagen. Den Antrag, dies Sicherheitsventil wieder zu befestigen, bitte ich abzulehnen. — Für weite Volksmassen ist das Bier das einzige Anregungs- und Genussmittel. Sie wollen nach dem Kriege nicht die Gefängnisstrafe von Wasser und Brot zur Normalration machen. Die Summen, die infolgedessen beim Biergenuss aufgebracht werden müssen, werden daher von der Röhrrung, Wohnung und Kleidung abgezogen. Dazu kommen noch die Steuern auf Branntwein, Mineralwasser, Kaffee. So stellen sich diese Steuern direkt als ein Attentat gegen das Wohl der großen Massen dar. Wir können daher dieser Steuer nicht zustimmen. (Beifall 5. d. Soz.)

Abg. Jubel (U. Soz.) spricht in gleichem Sinne für Ablehnung. Abg. Siehr (Op.) tritt für Aufrechterhaltung der Kontingentierung ein, die die Brauereien vor übermäßiger Konkurrenz schützen soll.

Staatssekretär Graf Rüdern: Die Regierung betrachtet die Getränkesteuern als einen wesentlichen Teil der gesamten Finanzreform. Wenn an diese herangetreten werden wird, so sollen die jetzt von der Steuer erfassten Objekte nicht von neuem besteuert werden.

Abg. Herzog (D. Fr.) tritt für Streichung des Absatzes ein, wonach neue Brauereien, die von Gastwirten auf genossenschaftlicher Grundlage errichtet werden, von der Verdoppelung der Steuer befreit sein sollen.

Dieser Absatz wird mit den Stimmen der Rechten, des Zentrums und der Nationalliberalen gestrichen.

Abg. Guch (Soz.) begründet einen Antrag auf Beseitigung der Bierbesteuerung durch die Gemeinden.

Abg. Jubel (U. Soz.) wendet sich ebenfalls gegen die Gemeinbesteuerung, die geradezu mittelalterlichen Zuständen entspreche.

Der Antrag wird abgelehnt. Das Gesetz wird angenommen bis auf § 3, der die Steuerlätze enthält. Die Abstimmung über diesen Paragraphen wird ausgesetzt.

Es tritt eine Pause bis 3 1/2 Uhr ein.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung um 1/4 Uhr werden die Steuerlätze (§ 3) in der Fassung der Kommission unter Ablehnung eines sozialdemokratischen Änderungsantrages angenommen. Es folgt die zweite Beratung des

Weinsteuergesetzes.

das Wein, Traubenmost und dem Wein ähnliche Getränke, wenn sie zum Verbrauch im Inland bestimmt sind, einer Steuer von 20 Proz. des steuerpflichtigen Wertes unterwirft.

Abg. Hoffmann-Kaiferklauten (Soz.): Die vorgeschlagene Steuer bedeutet die Vernichtung zahlreicher kleiner und mittlerer Existenzen. In Süd- und Mitteldeutschland ist der Wein Volksgetränk; bei Einführung einer solchen Steuer wie der hier vorgeschlagenen wird er aber auch dort nur noch Getränk der besthabenden Klassen sein können. Hundert Millionen Mark soll die Weinststeuer bringen; dies Ziel würde mit einer Steuer von 10 Proz. erreicht, nicht mit der doppelten zu erreichen sein. Die Einfuhr des Weines will man überhaupt verhindern; weil aber Einfuhrverbote in die Volkswirtschaft nicht hineinpaffen, soll die hohe Steuer dieses Ziel erreichen. Namentlich die Winzer werden die Folgen dieses Gesetzes zu tragen haben. In ihrem Interesse, aber auch in dem der Wirte und Konsumenten, lehnen wir die Steuer ab. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Kopsch (Op.): Trotz der schweren Wirkungen für die Winzer wird die Weibeit meiner Freunde unter dem Druck der finanziellen Not des Reiches für die 20prozentige Weinststeuer stimmen. Doch soll der Bundesrat ermächtigt werden, nach Beendigung des Krieges für die billigen Weine die Steuer auf 15 Proz. herabzusetzen.

Abg. Dr. Gaege (U. Soz.): Im Interesse der kleinen Winzer, die durch die vorgeschlagene Steuer ihre Existenz verlieren müssen, lehnen wir diese Steuer ab.

Schatzsekretär Graf Rüdern erklärt, daß die Regierung mit der Bestimmung der Kommission, nach dem Kriege die Weinststeuer auf Verlangen des Reichstages herabzusetzen, einverstanden ist.

Abg. Jubel (U. Soz.): Der von der Weinststeuer gewünschte Betrag von 100 Millionen Mark würde bei 10 Proz. Steuern sich ergeben. Dieses die Winzer und Konsumenten schwer belastende Gesetz lehnen wir ab.

Abg. Feuerstein (Soz.) begründet einen Antrag, die Weine bis zum Werte von 4 M. steuerfrei zu lassen. Diese Freilassung der billigen Weine sei im Interesse der kleinen Winzer, auf die die Steuer schließlich abgewälzt werde, unbedingt notwendig. Gätte man einen prozentualen Beitragsertrag erhoben, so brauchte man die ganze Weinststeuer nicht. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Unter Ablehnung der gestellten Änderungsanträge wird § 1 (die Steuer in Höhe von 20 Proz.) angenommen, desgleichen die nächsten Paragraphen. § 10 läßt den Wein zum Verbrauch im eigenen Haushalt steuerfrei, soweit er nicht in verschlossenen Flaschen dem Verbrauch zugeführt wird.

Abg. Feuerstein (Soz.) bittet um eine Erklärung vom Regierungssitz, daß die Konsumverbote und ihre Mitglieder unter diese Bestimmung fallen.

Ministerialdirektor Reuschel gibt eine dahingehende Erklärung ab. § 48 teilt die Pollsteuer bei Einführung von Wein fest.

Abg. Müller-Reichendach (Soz.) bekämpft diese Sätze, die eine durchschnittliche Belastung von 135 Proz. für die billigen Sorten eine Belastung von 200 bis 300 Proz. darstellen. Die Annahme dieser Pollsteuer würde geradezu einer Erklärung des Wirtschaftskrieges an Spanien gleichkommen. Ausländische Weine würden nach Annahme des Gesetzes nur noch Kriegsgewinnler zu genügen in der Lage sein.

Das Gesetz wird mit unwesentlichen Änderungen in der von der Kommission beschlossenen Fassung angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des

Schaumweinsteuergesetzes.

Die Steuer für Schaumwein und Schaumwein ähnliche Getränke soll 8 M. für die Flasche betragen, für Schaumwein aus Krachwein 0,60 M. Das Gesetz wird nach unwesentlicher Debatte angenommen.

Besteuerung der Mineralwasser.

Die Kommission hat die Steuer festgesetzt bei Mineralwasser auf 0,05 M., bei Limonaden auf 0,15 M., bei konzentrierten Kunstlimonaden auf 1,50 M., bei Grundstoffen zur Herstellung von konzentrierten Fruchtlimonaden auf 30 M. für das Liter. Die Freiheit des Verbrauchs im eigenen Haushalt ist auf 4 vorgezogen. Die Rolle auf Kaffee und Tee sind entsprechend den Vorklären der Regierung erhöht worden, die Zölle auf Kakao und Schokolade dagegen nicht. Das Gesetz soll am 1. August in Kraft treten.

Abg. Fuch (Soz.): Nach dem Bier und Wein sollen nun auch die harmlosen Mineralwasser besteuert werden, die bei Ausflügen und im starken Maße in den Großbetrieben konsumiert werden, wo die Arbeiter bei schwerer Arbeit diese unerschöpfliche Erfrischung brauchen. Gegen den Versuch, diese Getränke, die bisher steuerfrei waren, auch durch Steuern erheblich zu verteuern, erheben wir nachdrücklich Einspruch. Das Gleichgewicht im Reichshaushalt wünschen wir herzustellen; dies Ziel wollen wir aber auf anderem Wege erreichen. — Daß die Kommission einseitig genug war, die Zölle auf Schokolade und Kakao nicht zu erhöhen, freut uns; wir bedauern aber, daß sie bei Tee und Kaffee nicht ebenso einseitig gewesen ist. Wir lehnen daher das Gesetz ab. Wir haben weiter eine Resolution beantragt und bitten um deren Annahme, wonach wenigstens nach den besetzten Gebieten die Mineralwasser steuerfrei ausgeführt werden sollen, damit unsere dortstehenden Truppen diese Getränke weiterhin billig erhalten. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Neumann-Hofer (Op.) tritt ein für Herabsetzung der Steuer auf Limonaden und andere künstlich bereitete Getränke. Wenn man diese besteuert, darf man die natürlichen Fruchtäfte nicht freilassen, oder man gibt ihren Produzenten eine Liebesgabe. Man sollte bei diesem Gesetz nicht eine neue agrarische Liebesgabe schaffen.

Abg. Jubel (Soz.) bekämpft die vorgeschlagenen Steuern im Interesse der breiten Volksmassen. Eine solche Steuermacherei machen wir nicht mit. (Beifall bei den U. Soz.)

§ 1 des Gesetzes wird angenommen. Bei § 2 begründet Abg. Dr. Neumann-Hofer (Op.) einen Antrag, die vorgeschlagenen Steuerlätze zu ermäßigen, und zwar bei Mineralwässern auf 0,05 M., bei Limonaden auf 0,10 M., bei konzentrierten Kunstlimonaden auf 1 M., bei Grundstoffen zu ihrer Herstellung auf 20 M.

Dieser Antrag wird im Himmelssturm mit 142 gegen 118 Stimmen angenommen, der Rest des Gesetzes in der Fassung der Kommission mit der Änderung, daß es statt am 1. August mit dem Tage der Verkündung in Kraft tritt.

Die Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren.

Abg. Tanschel (Soz.): Wir müssen gegen die geplante Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren schärfsten Einspruch erheben, wie bereits die letzte Erhöhung gezeigt hat. Der finanzielle Betrag der Post wird nach dem Kriege, wenn die Vorkontingent der Reichsrenten aufhört, wieder besser werden. Schon längst hätte die Post sich eine neue Einnahmequelle erschließen können, wenn sie die Vorkontingentfreiheit der Landesfürsten beseitigt hätte. Rindfleisch jetzt hätte ein Gesetz vorgelegt werden müssen, das mit dieser Vorkontingentfreiheit, mit der soviel Mißbrauch getrieben wird, aufträumt. Die bloße Auflage, daß die Landesfürsten auf das Reichswahlbezirk werden, genügt nicht. Nicht einmal die Postkarte im Orts- und Nachbarortverkehr will die Weibeit freilassen. Wir müssen ihr die Verantwortung für dieses uneren Handel und unser Wirtschaftsleben schwer schädigende Gesetz überlassen; wir lehnen es ab. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Vogtner (U. Soz.) bekämpft die Vorlage, die die Entwidlung der Post aus einem Verkehrsinstitut zu einem fiskalischen fördert.

Unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages, die Beilegung der Vorkontingentfreiheit der Landesfürsten in das Gesetz aufzunehmen, wird das Gesetz angenommen.

Darauf vertagt sich das Haus auf Mittwoch 1 Uhr. (Fortsetzung der Steuerdebatte.)

Schluß: 7 1/2 Uhr.

Die elsässische Siedlungspolitik.

Hestige Debatte im Hauptausschuss.

Dem Haushaltsausschuss des Reichstags lag der Entwurf der Gründung einer Landgesellschaft Westmark vor, der die in Elsass-Lothringen in Liquidation befindlichen Güter zum Schätzungswert übernehmen soll, um dort „national zuverläßige Personen“ anzusiedeln. — Abg. Böhle-Lothringen wandte sich scharf gegen die Politik, die hier in Elsass-Lothringen eingeschlagen werden soll. Nach § 4 der Satzungen dieser Landgesellschaft sollen elsass-lothringische Staatsangehörige von der Siedlung ausgeschlossen bleiben; auch sei beabsichtigt, in der Hauptsache in diesen nur von Katholiken bewohnten Landesteilen Protestanten anzusiedeln. Der Urheber dieser Politik sei der bekannte Professor Bernhard, der wirtschaftliche Berater im Hauptquartier. Das Verprochen, das die elsass-lothringische Regierung im dortigen Landtag abgab, sei nicht eingehalten worden. Die elsass-lothringische Regierung sowie der Landtag seien vielmehr vollständig auf die Seite geschoben worden. Keine andere süddeutsche Regierung und deren Landtag würde sich eine solche Behandlung gefallen lassen. Ein Ausschuss des Reichstags dürfe sich nicht mit schuldigen machen an dieser Vergewaltigung der elsass-lothringischen Bevölkerung. — Staatssekretär v. Stein verteidigte den Standpunkt der Regierung und versicherte, die Gesellschaft werde „durchaus loyal verfahren“.

Abg. Erzberger bezieht dieses Vorgehen als so ziemlich das Schlimmste, was man bisher auf diesem Gebiete erlebt habe. Professor Bernhard habe die Ostpolitik verbrochen und er sei auch der Urheber der Politik, die man jetzt in Elsass-Lothringen einschlagen wolle. In der Landgesellschaft Westmark sei keine einzige süddeutsche Gesellschaft vertreten. Die meisten Stammalten seien in ostelbischen Händen. Er verlangt, daß eine süddeutsche Gesellschaft mit Einschluß von Elsass-Lothringern gegründet werde. Der vorgelegte Vertrag sei außerdem eine glatte Verletzung der Reichsverfassung. — Staatssekretär v. Stein bestritt, daß die Reichsverfassung verletzt worden sei; das Staatsgesetz von 1917 gebe der Regierung das Recht, in dieser Weise vorzugehen. — Abg. Fuch (U. Soz.) stellt fest, daß der Elsass-Lothringische Landtag ebenso wenig wie die dortige Regierung mit der Angelegenheit befaßt worden sei. Ueber den Kopf dieser Körperschaften hinweg habe man diesen Weg zum Schaden der elsass-lothringischen Bevölkerung beschritten. Die Gesellschaft beschränkt sich nicht allein darauf, die Grundstücke zu übernehmen, die ihr von der Regierung überwiesen werden, sondern sie kaufe auch in anderen Teilen des Elsass Grundstücke auf. Der Gesellschaft dürfe das angebotene Konopol auf keinen Fall eingeräumt werden. Politisch sei das Vorgehen der Regierung zu verwerfen, denn durch diese Politik würde die einheimische Bevölkerung gegen die Eingewanderten zusammengeschnitten werden zum Schaden des Landes. Er verlangte, daß eine elsass-lothringische Ansiedlungsgesellschaft gebildet werde. — Die Beratungen werden am Mittwoch fortgesetzt.

Das Kaligefetz in der Kommission.

In zwei Sitzungen hat die 36. Kommission die von der Regierung vorgelegten Änderungen des Kaligefetzes erledigt. Die Vorlage drohte zu scheitern. Alle Parteien waren darüber entrüstet, daß die Regierung kurz vor Auseinandergehen des Reichstags eine so schwerwiegende Gesetzesvorlage bringt. Nur die Rücksicht auf die in dem Gesetz enthaltenen Lohnfragen haben die Kommission bewogen, die Vorlage zu verabschieden. Die Kaliarbeiter konnten Steuerzulagen nicht mehr erhalten, weil verschiedene Werkbesitzer die Löhne, einschließlich Steuerzulage, vor dem Gesetz als Höchstlöhne, die nicht überschritten werden sollten, angesehen haben. Diesen rechtlich unzulässigen Standpunkt nahmen auch die Schlichtungsstellen ein. Auf Darlegungen von sozialdemokratischer Seite erklärten Regierungsveterane, daß die im Kaligefetz festgesetzten Löhne und Steuerzulagen als Mindestlöhne anzusehen sind, die überschritten werden können.

Die Regierungsvorlage sah eine Erhöhung der Kalisalzförderung vor. Nur zwei der höheren Salzsorten sind in der Höhe der Regierungsvorlage beschlossen worden. Im übrigen sind nach einem Antrag Trendl die Preise der Vorlage um zwei und drei Pfennig ermäßigt worden.

Nach der Regierungsvorlage sollten die Arbeiterlöhne um 2,50 M. in der ersten Klasse, 1,50 M. in der zweiten Klasse und um 1 M. für die übrigen Arbeiter ab 1. Juli laufenden Jahres steigen. Ein Antrag der Sozialdemokraten fordert 3 M., 2 M., 1,50 M. und 8 M. Aindergeld pro Monat für jedes Kind unter 15 Jahren. Dementsprechend hat die Kommission beschlossen.

Ein sozialdemokratischer Antrag: die Kaufmännischen, technischen und sonstigen Berufsgewerkschaften mit in das Gesetz einzubeziehen, wurde zugunsten eines Antrages Gothein zurückgezogen. Der Antrag Gothein fordert eine Erhöhung der Bezüge um 25 Proz. für alle Beamten im Dienstverhältnis bis 8000 M., und Erhöhung von 8000 auf 10000 M. Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Die Frauen und die XVI. Reichstagskommission.

Zur Frage der Empfängnisverhütung.

Der Ausschuss für Bevölkerungspolitik hat den Gesetzentwurf gegen die Verhinderung der Geburten in zweiter Lesung erledigt. Die verschiedensten Frauenvereine hatten sich mit Anträgen und Forderungen an den Ausschuss gewandt, daß die gegen das weibliche Geschlecht gerichteten Bestimmungen fallen mögen. Da alle diese Eingaben unberücksichtigt blieben, entstand der Wunsch, dem Ausschuss selber die Bedeutung der Frauenwelt gegen dieses Gesetz vorzutragen. Dieser ist darauf eingegangen, nachdem sich Genosse Dr. Oued lebhaft dafür eingesetzt hatte. In einer offiziellen Sitzung konnte das ja nicht geschehen, doch waren die Herren bereit sich sagungen privatim die Meinung der Frauen sagen zu lassen.

Von Frauen nahmen an dieser Sitzung im Reichstagsgebäude teil: Marie Stritt, Katharina Schwenm und Dr. med. Marie Kaufmann vom Deutschen Frauenstudienverband; Wally Sepler, Dr. med. Martha Wygodzinski und Marie Tschack von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands; Luise Sieh von der Unabhängigen Sozialdemokratie, außerdem drei Damen vom Evangelischen Frauenverein. Vom Ausschuss waren

der Sozialdemokraten anwesend, außerdem von jeder Partei ein Mitglied, auch ein Mitglied der Regierung nahm an der Sitzung teil. Dr. Quare hatte die Leitung.

Am möglichst einheitlich vorzugehen, hatten sich Frauenstimmenrechtlerinnen und Sozialdemokraten vorher über bestimmte Richtlinien geeinigt. Sie erklärten sich einverstanden:

1. mit dem Verbot der Anpreisung und des Verkaufs von Mitteln und Gegenständen zur Beförderung der Schwangerschaft sowie des Anpreisens von darauf gerichteten Diensten, wenn auch in verschleierte Form;

2. mit dem Verbot der Herstellung, Einführung, des Verkaufs usw. gesundheitsgefährdender Mittel und Gegenstände zur Beförderung der Empfängnis;

3. mit dem Verbot des Hausierhandels mit Mitteln und Gegenständen zur Beförderung der Empfängnis, sowie Verbot der Automaten.

Dementsprechend machten sie genaue Vorschläge zur Abänderung ganz bestimmter Paragraphen des Gesetzes und der dazugehörigen Richtlinien.

Was die Frauen wollten und wofür sie mit überzeugenden und beweisfähigen Argumenten eintraten, ist die Freigabe der unschädlichen Mittel für Frauen zur Beförderung der Empfängnis. Sie erklärten sich mit dem von dem Gesetzgeber angestrebten Endzweck des Gesetzes einverstanden, bestritten aber ganz entschieden, daß dieser Zweck (gesunde Volkzvermehrung) damit erreicht werden könne. Vielmehr fürchten sie in der Folge das Anwachsen der kriminellen Worte und eine starke Entartung des Geschlechtslebens. Sie wollen, daß die Frauen die Möglichkeit haben sollen, sich mit unschädlichen Mitteln gegen die Empfängnis zu schützen, wenn dies aus gesundheitlichen, sozialen, ethischen oder persönlichen Gründen für sie nötig wird.

Die einzelnen Rednerinnen behandelten die Frage von ärztlichen, sozialen, kulturellen und rein menschlichen Standpunkten aus.

Die Vertreterin der Unabhängigen schloß sich den Richtlinien nicht an; sie sprach aber ebenfalls gegen das Gesetz aus politischen und sozialen Gründen.

Sehr bezeichnend war es, daß Gräfin Münzer, Vertreterin des Evangelischen Frauenbundes, sich für ein unschädliches Frauenheilmittel aussprach, wenn dieses dem Arzt in die Hand gegeben würde. Sie führt aus, daß sie sich unter Gewissensdrucke haben zu dieser Stellungnahme durchgerungen habe, sie beuge sich aber unter der Ducht der Verhältnisse.

Zum Schluß äußerte sich Frau Dr. Marie Baum noch zu dem ebenfalls gerade zur Beratung stehenden Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Sie ist Spezialärztin für Haut- und Geschlechtskrankheiten und Assistentin der entsprechenden Abteilung in der königlichen Charité. Sie sprach sich ganz entschieden für den gesetzlichen Behandlungszwang geschlechtskranker Personen aus. Katharina Schewen, Schriftführerin des Abolitionisten (Organ für die Bestrebungen zur Bekämpfung der staatlich regulierten Prostitution) sprach in sachkundiger Weise gegen die Kasernierung der Prostituierten; sie will Wohnungsvereinfachungen und unterstützt die Ausführungen Dr. Marie Baums; sie sieht in einem allgemeinen Behandlungszwang auch das Mittel gegen die gesundheitlichen Gefahren der Prostitution.

Die Mitglieder des Ausschusses fühlten sich in dieser Sitzung nur als Zuhörer; sie traten mit Meinungsäußerungen wenig hervor, stellten aber an die anwesenden weiblichen Ärzte eine ganze Reihe sachlicher Fragen.

Der von den Frauen angestrebte Zweck war der, die endgültige Gestaltung des Gesetzes zu beeinflussen. Der Sache wäre ganz sicher noch besser gedient gewesen, wenn die Frauen sich sämtlich auf ganz bestimmte Forderungen hätten einigen können. Es wäre wohl von größerem Eindruck gewesen, wenn über Parteigründungsfragen hinweg sich die Frauen mit den verschiedensten Weltanschauungen in dieser Frauen- und Menschheitsfrage zusammengefunden hätten.

Die Sitzung, die drei Stunden dauerte, verlief sachlich und ernst.

Gewerkschaftsbewegung

Ueber Entlassungen in den Berliner Munitionsbetrieben waren in der letzten Zeit von verschiedenen Seiten Feststellungen gemacht worden. Am 1. d. M. wird dazu mitgeteilt, daß die von der Berliner Verwaltungsfeste des Deutschen Metallarbeiterverbandes festgestellte Tatsache, daß im Juni d. J. 30.000 Arbeitskräfte in der Munitionsindustrie weniger beschäftigt worden seien als zu der gleichen Zeit des vergangenen Jahres, ein Zeugnis für Arbeiterentlassungen oder Betriebsbeeinträchtigungen sei. Zunächst läme gegenüber der ungefähre 1/4 Million von Gesamtbeschäftigten die Differenz von 30.000 Leuten kaum in Frage; dabei seien aber Entlassungen nicht vorgenommen worden, sondern der Rückgang sei darauf zurückzuführen, daß einmal in höherem Maße Einziehungen zum Heeresdienst erfolgt sind und daß im Frühjahr und Sommer weibliche Arbeitskräfte in größerer Zahl auf das Land abgewandert seien. Auch von einem Verdienstrückgang, von dem ebenfalls die Rede gewesen sei, könne man nicht sprechen. In einigen Munitionsfabriken sei nur eine Revision der Affordsätze vorgenommen worden, weil sich herausgestellt habe, daß einige Affordsätze Stundenverdienste bis zu 6,40 M. ermöglichten. In dieser Beziehung habe im Einverständnis mit den Arbeitern eine Regulierung der Affordsätze Platz gegriffen.

So die amtliche Mitteilung. Daß eine Revision der Affordsätze, die doch gleichbedeutend ist mit einer Lohnherabsetzung, das Einverständnis der Arbeiter gefunden haben soll, darf wohl bezweifelt werden. Daß es sich bei solchen Affordtarifrevisionen nur um solche Lohnsätze gehandelt habe, die ungewöhnlich hohe Verdienste ermöglichen, trifft nicht zu. In einer Anzahl von Betrieben sind die Affordsätze ganz allgemein herabgesetzt worden, ohne daß man die Arbeiter gefragt, geschweige denn ihr Einverständnis eingeholt hätte. Einen Fall dieser Art haben wir in Nr. 170 des „Vorwärts“ vom 2. d. M. angeführt. Es handelt sich um die Herabsetzung der Affordlöhne im Werkstätte von 7 zu 6, welche die Betriebsleitung der Pulverfabrik Garlenfelde (Siemens-Schuckert) vornahm. Diese Lohnherabsetzung traf nicht nur Arbeiter mit verhältnismäßig hohem Verdienst — die übrigen in der genannten Fabrik ebenso seltene Erscheinungen sein sollen wie in anderen Betrieben —, sondern ein großer Teil der Arbeiter hat durch die einseitige Verfügung der Betriebsleitung eine Herabsetzung des Stundenverdienstes von 1,80 M. auf 1,20 M. erfahren.

Dies Beispiel, das nicht vereinzelt dasteht, sieht denn doch etwas anders aus als wie die vorstehende amtliche Mitteilung.

Verbandstag der Schuhmacher.

Büßburg, 8. Juli. In Anwesenheit von 28 Delegierten, Delegierten und Vorstandsmitgliedern wurde der Verbandstag heute vormittag vom Verbandsvorstand, Reichsstadtsabgeordneter Simon v. Nürnberg, im „Café Albambra“ eröffnet. Die Generalkommission vertritt Silberstein, Berlin, die österreichische Arbeiterorganisation Böller, Wien. Als Vorsitzende wurden Simon und Weise-Dresden bestimmt.

Nach den üblichen Begrüßungsansprachen und Einsetzung von Kommissionen ersetzte Simon den Vorstandsbereich. Er bot die, der Vorstand habe in den beiden Berichtsjahren eine Fülle von Arbeit geleistet, wie selten in einer Geschäftsperiode. Der aufgetragenen Aufgabe entsprach auch der Erfolg. Der Abschluß der Reichstagsverträge für Militär- und für Zivilschuhwerk habe große Arbeit beansprucht. Durch diese Tarifverträge hätten wohl Kollegen in Orten, wo es der Organisation bereits gelungen war, bessere Arbeitsverhältnisse zu schaffen, keine wesentliche Lohnerhöhung erhalten, andere aber eine ganz bedeutende Erhöhung. Die Lohnerhöhung betrage 10 bis 150 Proz. Der Vorstand glaube, durch die Annahme des Tarifs den Kollegen einen großen Dienst erwiesen zu haben. Der Redner besprach eingehend einzelne Bestimmungen der Verträge und ihre Wirkungen. Es müsse versucht werden, das Erzielte auch für den Frieden hochzuhalten. Nach Auflösung des Ueberwachungsausschusses der Schuhindustrie — mit dem die Tarife abgeschlossen sind — werde die Organisation alles tun, um die Unternehmer zu zwingen, die Vereinbarungen weiter einzuhalten. Wenn auch erwünscht gewesen wäre, die Grundlöhne höher festzusetzen, könne man doch mit dem Erzielten zufrieden sein.

Der Berichterstatter besprach dann die Mitgliederbewegung. Die Zahl der Mitglieder habe sich erfreulicherweise wieder gehoben. Am Ende der Berichtszeit betrug die Mitgliederzahl 17.008. Im ersten Halbjahr 1918 betrug diese Zahl um rund 3000 auf 21.591. Davon waren 10.772 männliche und 10.792 weibliche Mitglieder, während Ende 1917 die Zahl der männlichen Mitglieder die der weiblichen um über 2000 überstieg. Im Verhältnis zu der Zahl der Beschäftigten beträgt der Prozentsatz der Organisierten im Durchschnitt 56.

Den Massenbericht gab König-Nürnberg, der die im gebrauchten Bericht aufgeschlüsselte Abrechnung erläuterte.

Für den Ausschuh berichtete Haupt-Ragoburg. In der Berichtszeit waren nur zwei Beschwerden gegen den Vorstand eingereicht worden. Bei Revisionen der Hauptlöhne durch den Ausschuh gab es zu Verhandlungen keinen Anlaß. Haupt regt an, eine Neuregelung der Gehaltsverhältnisse der Angestellten und eine Festsetzung der Pensionsverhältnisse vorzunehmen.

In der Diskussion wurden die Entwürfe bezüglich der Generalkommission ausgestellt, sie werden besonders behandelt. Die Redner gingen fast nur auf die abgeschlossenen Reichstagsverträge ein. Es wurde anerkannt, daß sie für einen großen Teil Kollegen Vorteile gebracht haben, aber auch betont, die Tarife brachten nicht das, was die Arbeiter haben mühten; die festgesetzten Löhne entsprächen nicht den heutigen Verhältnissen. In einzelnen Orten hätte man durch eine Separatbewegung mehr erreicht, nun sei man auf zwei Jahre gebunden. Der Kampfgeist der Kollegen werde durch den Tarif geschwächt. Bedauert wurde, daß über die Gewährung von Ferien nichts vereinbart, und daß keine Arbeitszeitverkürzung erreicht worden ist. Der Weissenfeller Delegierte behauptete, daß die besser qualifizierten Arbeiter in Weissenfels durch den Tarifvertrag schlechter stehen als zuvor. Der Reichstagsrat hätte aber erreicht, daß die Arbeiter sich mehr als bisher der Organisation anschließen. Simon hebt gegenüber den Diskussionsrednern hervor, daß der Tarifvertrag gegenüber den Friedenslöhnen ganz wesentliche Erhöhungen brachte; der Kriegszuschlag betrage durchschnittlich 50 Proz. Die Tariffrage dürfe man nicht von politischen, sondern müsse man von allgemeinen Gesichtspunkten beurteilen.

Die Aussprache wird morgen fortgesetzt.

Erhöhung der Teuerungszulagen im Buchdruckgewerbe.

Der bis zum Jahre 1916 gültige und seit dieser Zeit zweimal auf je ein Jahr verlängerte Buchdruckerarif sah in seinen drei Altersklassen folgende Minimalhöhe vor: Bis 21 Jahre 25 M., von 21—24 Jahren 30 M., über 24 Jahre 37,50 M. Mit Einfluß der für die einzelnen Orte je nach ihren Teuerungszulagen entsprechend abgesetzten Lokalzuschläge von 2 1/2 bis 25 Proz. (zur letzteren Kategorie gehören nur Berlin, Hamburg, Altona und Straßburg) erhöht sich diese Höhe (bei 25 Proz.) wie folgt: Bis 21 Jahre 31,25 M., von 21—24 Jahren 38,50 und über 24 Jahre 46,88 M.

Daß angesichts der rasenden Teuerung aller Lebensbedürfnisse mit solchen Löhnen die Existenz der Arbeiterschaft des Berufes nicht mehr ermöglicht werden konnte, mußten selbst die Unternehmer einsehen. Eine Revision des Tarifes erwies aus verschiedenen Gründen angeht die ungelösten Verhältnisse während des Krieges nicht angebracht. So behalt man sich denn mit Teuerungszulagen. Nach viermaliger Erhöhung dieser Betrag im November 1917 die Gesamterhöhung des Lohnes im Mindestmaß 90,7 Proz., im Höchstmaß 75,2 Proz., bei einem Gesamtdurchschnitt von 43,0 Proz., oder nach einer vom Tarifamt der Buchdrucker veröffentlichten Statistik der Durchschnittslohn in Orten ohne Lokalzuschlag 37 M., in solchen mit 25 Proz. Lokalzuschlag 61,46 M.

Die im Mai d. J. tagende außerordentliche Generalversammlung des Verbandes veranlaßte, beim Tarifamt den Antrag auf weitere angemessene Erhöhung der Teuerungszulagen oder, bei seiner Ablehnung, auf Revision des Tarifes zu stellen. Nach dreitägigen, von beiden Seiten hartnäckig geführten und mehrmals vom Abbruch bedrohten Verhandlungen einigte man sich schließlich dahin, ab 1. August d. J. eine weitere Erhöhung der Teuerungszulagen um 10 M. pro Woche und ab 1. Dezember eine weitere Erhöhung eintreten zu lassen. Diese beträgt für Orte bis 7 1/2 Proz. Lokalzuschlag 8 M., bis 15 Proz. Lokalzuschlag 4 M. und über 16 Proz. Lokalzuschlag 5 M. Ferner tritt eine Erhöhung des Lohnes für Ueberstunden ein, es soll nunmehr nach dem tariflichen Grundlohn plus 50 Proz. Zuschlag und den üblichen Stundenzuschlägen entschädigt werden.

Können diese Erhöhungen auch nicht als voller Ausgleich der verteuerten Lebenshaltung gegen früher bezeichnet werden, so bilden sie doch einen ganz beachtenswerten Erfolg der Organisation.

Lohnbewegung der Uniformistikerinnen.

Die Berliner Uniformistikerinnen beauftragten am 31. Mai dieses Jahres den Deutschen Textilarbeiterverband, an den Verband der Uniformistikerinnen Deutschlands eine Forderung auf 40 Prozent Lohnerhöhung einzureichen, was gleichbedeutend mit einer Erhöhung des Stundenverdienstes von 50 auf 70 Pf. gewesen wäre. Am 4. Juli d. M. kam die Antwort, daß die Arbeitgeber beschließen hätten, innerhalb der einzelnen Betriebe mit den Arbeitnehmern eine Verständigung herbeizuführen, so daß eine Verhandlung mit dem Textilarbeiterverband nicht erforderlich sei. Eine solche Verständigung hat aber nirgends stattgefunden, sondern die einzelnen Firmen bestimmten ganz einseitig, daß auf die jetzt nicht gangbaren Sideretten 25 Proz. und auf die anderen Sideretten 15 Proz. Lohnerhöhung bewilligt wurden. Durch diese eigenartige Erledigung der Lohnfrage ist bei den Sideretten eine große Unzufriedenheit entstanden, die zu unsicheren Erscheinungen führen kann.

Industrie und Handel.

Die Hoffnungen auf den Textilarbeiter.

Die Aktien der Vereinigten Anstaltsfabriken Akt.-Ges., Frankfurt a. M., begegneten in den letzten Wochen an der Börse neuerdings lebhafter Nachfrage, so daß der Kurs in kurzer Zeit um nahezu 100 Proz. gesteigert wurde. Offenbar schreibt die Spekulation dem Unternehmen besonders gute Aussichten zu. In der kürzlich abgehaltenen Generalversammlung war mitgeteilt worden, daß die Gesellschaft, die für das vergangene Jahr nach mehrjähriger Dividendenlosigkeit und mehrfacher Verabfolgung des Aktienkapitals erstmals ihre Dividendenzahlung mit 6 Proz. wieder aufgenommen hat, das Porten von Gemäse, womit sie sich in den ersten Kriegsjahren beschäftigt hatte, aufgegeben hat, und dafür zur Produktion eines Textilproduktes übergegangen sei, das eine Art Schappe ist und einen Ersatz für Wolle und Baumwolle darstellt. Die „Frankf. Zig.“ führt hierzu, daß die Militärverwaltung den für die Fabrikation dieses Produktes erforderlichen Rohstoff zur Verfügung stelle und andererseits die gesamte Produktion der Gesellschaft beanspruche zu einem Preise, der nur einen recht mäßigen Nutzen lasse, so daß der Gewinn des Unternehmens im Laufe des Jahres die Vorjahreshöhe nicht sehr stark übersteigen werde. Man wird wohl mit einer Erhöhung der Dividende rechnen können, aber bei weitem nicht in dem Maße, daß ein Akzenturs von 400 Proz., wie er sich im Effektenverkehr herausgebildet hat, auch nur annähernd gerechtfertigt wäre.

Die phantastischen Hoffnungen, mit denen die immer wieder aufstehenden Nachrichten auf einen bevorstehenden Erfolgspinnstoff aufgenommen werden, haben auch in einem anderen Fall zu scharfen Kuratreibungen geführt. In der Woche sind Gerüchte verbreitet gewesen, daß die Kammgarnspinnerei Stöhr u. Co. in Leipzig zu rheinischen Unternehmungen der Kunstseidenfabrikation in engere Beziehungen getreten sei und daß sie ein patentiertes oder doch besonderes Verfahren zur Herstellung eines Erschlagarnes aufgenommen habe. Die Verwaltung teilt dazu mit, daß diese Gerüchte der Begründung entbehren und daß sie der Kuratreibung völlig fernst.

Die fortschreitende Kartellierung.

Unter den deutschen Abnehmerkreisen sind Verhandlungen wegen Gründung einer die familiären Fabrikanten umfassenden Vereinigung eingeleitet. Ferner haben sich die deutschen Schirmgroßfabrikanten zu einer wirtschaftlichen Vereinigung mit dem Sitz in Berlin zusammengeschlossen.

Indien im Wettbewerb mit Lancashire.

Laut „Daily Telegraph“ hielt der Staatssekretär für Indien, Morley, auf der Royal Society of Arts eine Rede über die Wichtigkeit der indischen Baumwollindustrie. Er sagte unter anderem: „Da die Herstellung von Baumwollwaren in England aus Mangel an Schiffsraum und aus anderen Gründen immer mehr zurückgeht, so mühten wir uns für unseren Exportmarkt nach Indien wenden, und es ist erfräglich, sagen zu können, daß der Bedarf an Baumwollwaren für das Meer jetzt ausschließlich in indischen Fabriken hergestellt wird.“ Die Fremde dürfte nicht ganz ungetriebe sein. Lancashire, der berühmteste Baumwolltextil-Englands, hat es bisher immer zu verhindern gewohnt und sich auch aus diesem Grunde für den Freihandel in England entschieden, um den schutzlosen indischen Jähren kein Argument für ihre Sehnsucht nach indischen Jollen auf Baumwollereinfuhrgeleit in die Hände zu spielen.

Soziales.

Richtlinien der künftigen Sozialpolitik.

Auf einer im vergangenen Monat in Wien stattgefundenen Tagung der Wirtschaftskomitees von Oesterreich, Deutschland und Ungarn wurde nach Referaten der Herren Dr. v. Klein (Wien) und Dr. Mannes (Berlin) über die zukünftige Sozialpolitik die Meinung wie folgt zusammengefaßt:

1. Das Friedensziel der Sozialpolitik von Deutschland, Oesterreich und Ungarn hat sich auch im Kriege als eine so starke Stütze erwiesen, daß ein Stillstand oder eine grundsätzliche Änderung in der Sozialpolitik nicht in Betracht kommen kann.

2. In der Fürsorge für Kriegsschadigte und Hinterbliebene von Kriegsteilnehmern ist in Deutschland, Oesterreich und Ungarn ein möglichst weitgehendes und gleichmäßiges Vorgehen erwünscht.

3. Die nach dem Kriege mehr als je dringende Notwendigkeit möglichst gesteigerter Arbeitsleistungen macht außer der Wiederherstellung der während des Krieges unvorsätzlich gewordenen oder eingeschränkten sozialpolitischen Einrichtungen eine sorgfältige Fürsorge für Gesundheit, Tüchtigkeit und Wohlstand der Arbeiterschaft erforderlich, um ihre dauernde Arbeitskraft zu sichern und ihre Arbeitsfreudigkeit zu steigern.

4. Die künftige Sozialpolitik Deutschlands, Oesterreichs und Ungarns soll, soweit es die Rücksicht auf die Produktion sowie die sonstigen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse jeweils ermöglichen, in Anlehnung an die bisher mit Erfolg betätigten sozialpolitischen Grundsätze und Ziele auf den Bahnen fortgeführt werden, die sich als für das Gemeinwohl nützlich bewährt haben.

5. Ein gegenseitiges Annähern der in den drei Ländern vorhandenen Sozialgesetze und -einrichtungen, namentlich auch in bezug auf die Arbeitsvermittlung, die Sozialversicherung und die mit ihr verbundene Sorge für die Volksgesundheit ist geboten und unter Wahrung begründeter Besonderheiten in jeder Weise zu fördern und diesbezügliche Bestimmungen in die bestehenden Vereinbarungen über das Wirtschaftsbündnis aufzunehmen.

6. Die Erfahrungen des Krieges machen es notwendig, behufs möglicher Erhaltung und Entfaltung der Wehr- und Arbeitskraft der drei Länder die Wanderbewegung und Wanderbeschäftigung sowie die Verhältnisse des Arbeitsmarktes in einer allen berechtigten Interessen entsprechenden Weise einmütiglich zu regeln.

7. Um in Soden der Kranken- und Unfallversicherung eine gleichmäßige Behandlung zu erzielen und um die in einem Lande erworbenen Versicherungsansprüche bei Verschiebung in einem der übrigen Länder aufrechtzuerhalten, sind zwischen Deutschland, Oesterreich und Ungarn baldigst entsprechende Gegenseitigkeitsabkommen zu treffen.

8. Es ist anzustreben, daß in die von Deutschland, Oesterreich und Ungarn mit den feindlichen Staaten abgeschlossenen Friedensverträge die Bestimmung aufgenommen werde, daß diese Staaten im Bereiche der Sozialgesetzgebung und insbesondere der Sozialversicherung den Einrichtungen der Mittelmächte gleichkommende Anhalte zu schaffen haben. Es erscheint unerlässlich, daß die Regierungen der drei Länder unverzüglich die nötigen Vorarbeiten einleiten, um bei den weiteren Friedensverhandlungen einmütig für die Aufnahme von sozialpolitischen Mindestforderungen eintreten zu können.

Neue Prämien.

Zu der unter der gleichen Ueberschrift von uns am 28. v. M. u. a. gebrachten Notiz, daß der Handelsvertragsverein einen Akzentur für ein Gehalt von nicht ganz 300 M. monatlich einschließlich Teuerungszulage suchte, teilt uns der Handelsvertragsverein mit, daß es sich dabei um eine Tätigkeitsstelle handelt, für die keinerlei eigentliche Fortbildung notwendig ist. Sie besteht eigentlich lediglich im Anschreiben der vom Sekretariat in der Presse angeforderten Artikel und verständiger Einordnung in eine Anzahl von Massen, sowie entsprechender Einordnung der ungedruckten aufgehobenen Zeitschriften und schließlich der Bücher in die Bibliothek. Die Arbeit sei bisher von einem früheren Schriftsteller als Nebenberuf in vierstündiger Tagesarbeit erledigt worden, wofür die angegebene Bezahlung wohl durchaus angemessen erscheint. Da sich eine ähnliche Kombination nicht wieder gefunden habe, sei die Stellung seit dem 1. Juni d. J. mit einer weiblichen Hilfskraft besetzt, welche für 6 1/2stündige Tagesarbeit ein erhöhtes Gehalt von 290 M. monatlich erhalte.

Bei diesem Sachverhalt nimmt es eigentlich wunder, daß der Handelsvertragsverein für sein Bekehrnis einen Kandidat mit volkswirtschaftlichem und politischem Verständnis suchte, der das Archiv selbst in Ordnung halten und die Bibliothek verwalten sollte. Dafür sollten dann nicht ganz 300 M. monatlich gezahlt werden. Die uns vom Handelsvertragsverein zugegangene Mitteilung läßt den Schluss zu, daß der Verein inwischen selbst erkannt hat, wie notwendig es ist, auch auf die Form der Bekanntgabe offener Stellen Sorgfalt zu legen. Unsesr Artikel war nur zu berechtigt.

Verantwortl. Redakt. Dr. Franz Eberle, Berlin-Nikolsdorfer Str. 1. Berlin. Teil des Vertriebs: Alfred Schöns, Vertriebsl. für Ostpreußen, Berlin. Verlag: Hermanns-Verlag S. v. H. Berlin. Druck: Hermanns-Verlagsgesellschaft und Verlagsgesellschaft Tautz, Sings u. Co. in Berlin, Lindenstraße 8. **Stier 1. Verlag und Vertriebsstelle.**